

# Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postrevisionsliste Nr. 1944 a.  
Anzeigenpreis die beispaltene Petitzeile 4 Pfg.  
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Dienstag  
mittags 12 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementbestellungen  
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

## Bekanntmachung.

An die  
Bezirksleiter und Ortsgruppen-Vorstände:

Das von der Zentrale herausgegebene Protokoll der 4. Generalversammlung in Aachen, verbunden mit einer kurzen Entwicklungsgeschichte unseres Verbandes ist vergriffen. Von verschiedenen Ortsgruppen sind noch zirka 7- bis 800 bestellt, die bis jetzt nicht geliefert werden konnten. Würden noch eine größere Anzahl der Broschüre gewünscht, würde die Zentrale sich entschließen, eine weitere Auflage herauszugeben. Das Protokoll sollte sich jedes Mitglied anschaffen, umso mehr, da der Preis ein sehr niedriger ist und der Inhalt für die Verbandsmitglieder von großem Interesse sein muß. Vor allen Dingen muß jede Ortsgruppe dasselbe ihrer Bibliothek einverleiben. Die Ortsgruppenvorstände und Bezirksleiter werden daher ersucht, in den Versammlungen die Angelegenheit zur Sprache zu bringen, und die Zahl der noch etwa gewünschten Protokolle der Zentrale baldigst zu übermitteln.

Zu den Neuwahlen der Ortsvorstände gelten letztere seitens der Zentrale als bestätigt, wenn kein Widerspruch von der Zentralleitung erfolgt. Die Neuanmeldung der gewählten Vorstände hat aber in jedem einzelnen Falle zu erfolgen, damit die Verbandsleitung davon Notiz nehmen kann.

Wieber, Verbandsvorsitzender.

## Kartelle und wirtschaftliche Lage.

Auch der Staat ist in seinen Einnahmen und damit in seinem „Haushalt“ von der wirtschaftlichen Lage abhängig. Es ist nicht der „gefessigte“ Großgrundbesitz des Ostens, der dem Staate die ungeheuren Summen aufbringt, deren er bedarf, es sind auch nicht die Beamten mit ihren festen Besoldungen, die das tun. Der weitaus überwiegende Teil der Steuereinkünfte des Staates kommt aus der Industrie in allen ihren Schichten. Daher macht es für den Staat ungeheuer viel aus, ob es der Industrie und ihren Angehörigen gut geht oder nicht, und es ist darum selbstverständlich, daß die berufenen Faktoren der Finanzverwaltung die wirtschaftliche Lage stets aufs genaueste studieren, um bei ihren Voranschlägen der Steuereinnahmen des kommenden Jahres und der Einnahmen der Eisenbahnen und anderen staatlichen Betrieben nicht allzusehr fehlerhaft zu sein und dadurch die Finanzverhältnisse in Unordnung zu bringen. Wenn der preussische Finanzminister daher sich zur Erläuterung seines Etatsvoranschlages mit dem Stande des Wirtschaftslebens beschäftigt, dann darf man also annehmen, daß diese Äußerung sich auf ein peinliches Stadium stützt.

In diesem Jahre hat der Finanzminister durch seine Stellungnahme jedoch in den weitesten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Er sang ein Loblied wie es glänzender eigentlich gar nicht möglich war. Nach dem amtlichen stenographischen Berichte führte er, — es sei hier nur die wichtigste Stelle wiedergegeben — aus:

Unter welchen wirtschaftlichen Auspizien wir am 1. April die Schwelle des neuen Etatsjahres überschreiten werden, das, glaube ich, kann kein Mensch im Augenblicke beurteilen, und noch weniger, wie sich die wirtschaftliche Lage im Laufe

des Etatsjahres 1907 gestalten wird. Die politischen Wolken haben sich verzogen, und ich glaube, wir dürfen auf friedliche Zeiten hoffen. Ich bin ferner der Ansicht, daß unser Wirtschaftsleben im Grunde ein gesundes ist. Ich habe Vertrauen zu der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Nation dank ihrer Arbeitsfreudigkeit, dank ihrer Anpassungsfähigkeit. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß das Jahr 1907, soweit es sich um die Industrie handelt, bis weit in dessen Verlauf hinein mit Aufträgen versehen ist, und daß selbst die Geldknappheit bisher noch nicht als ein geradezu vernichtendes Moment in die Erscheinung getreten ist. Wengleich sie die Entwicklung der Industrie verlangsam hat, so ist doch die Geldknappheit auch von der Industrie überwunden worden. Sehr wichtig wird es sein, ob es gelingt, im Jahre 1907 die Schwierigkeiten hinsichtlich der Wiedererneuerung des Kohlenyndikats und des Stahlwerksverbandes zu beseitigen. Ich habe mich über die Notwendigkeit dieser beiden Verbände vor Jahren hier geäußert, und war mir wohl bewußt, daß ich nicht auf allen Seiten dieses hohen Hauses Zustimmung finden würde. Allein, ich glaube, daß die Entwicklung der letzten Jahre mir Recht gegeben und die Notwendigkeit klar hat zutage treten lassen. Diese beiden Verbände wieder von neuem zu festigen und von neuem ihre Wirksamkeit entfalten zu lassen. Wenn die Produktion und die Preisgestaltung in der Industrie in diesen Jahren einer außerordentlichen hausse doch sich in verständigen Grenzen gehalten haben, so ist das in erster Linie dem Kohlenyndikat und dem Stahlwerksverbande zuzuschreiben. Die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens war in früheren Jahren himmelhoch jauchzend, zum Tode betäubt. Wir hatten Jahre, in denen wir hoch jauchzten, wo die Produkte enorm stiegen, die Preise auf das äußerste emporschnellten und eine Fülle von Arbeitern angeworben wurde, und dann Jahre bis zum Tode betäubt, wo die Preise unberechtigtweise stiegen, die Produktion enorm eingeschränkt werden mußte und Tausende und Abertausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt wurden. Wenn das in den letzten Jahren nicht in dem Maße der Fall gewesen ist, so ist das wesentlich der regulierenden Tätigkeit dieser Verbände zu danken. Und ich hoffe, daß es gelingen wird, sie wieder zu rekonstruieren.“

Es gibt Leute, die hinter dieser glänzenden Schilderung allerlei außerhalb des wirtschaftlichen Lebens liegende Momente vermuten. Die herrschenden Kreise haben gerade jetzt alle Ursache, sich der Beamten-schaft und ihres Einflusses zu versichern. Gerade jetzt erfolgt in diesem Etat eine starke Verbesserung der Bezüge verschiedener Beamtenklassen. Eine solche Verbesserung, deren Notwendigkeit man besonders bei den Arbeitern mit ihren unsicheren Existenzverhältnissen schwerlich begreifen wird, läßt sich naturgemäß auch beim preussischen Dreiklassenlandtag nur schwer begründen, wenn die Finanzen nicht in allerbesten Ordnung sind. Was aber an der Rheinbaben-schen Rede am meisten auffällt, das ist seine kritiklose Begeisterung für die Syndikate, besonders den Stahlwerksverband und das Kohlenyndikat. Hier werden einige Bemerkungen doch wohl nicht unangebracht sein.

Der Minister rühmt beiden eine vernünftige Preispolitik und damit eine ungemein günstige Einwirkung auf das soziale Leben nach. Ihrer „regulierenden Tätigkeit“ haben wir seiner Auffassung nach die erzieuliche Erscheinung zu verdanken, daß in den letzten Jahren nicht tausende und abertausende von Arbeitern wortlos auf die Straße gesetzt

wurden. Der Minister wird es den Arbeitern wahrlich nicht verdenken können wenn sie in dieses Loblied auf die Kartelle nicht so rückhaltlos einstimmen. Zunächst dürfte es nicht ohne Einschränkung zutreffen, wenn er sagt, daß die Syndikate in den letzten Jahren eine große Arbeitslosigkeit verhindert haben. Das ist insofern unzutreffend, als wir uns in den letzten Jahren in einer Aufwärtsbewegung befunden haben, auf deren mehr oder minder günstige Entwicklung auch die Syndikate — aber nicht sie allein — einen Einfluß ausgeübt haben. An dem wirtschaftlichen Gescheh, daß auf gute Zeiten schlechte folgen, können auch die Syndikate nichts so plötzlich ändern und daher haben die Arbeiter ihnen vorläufig noch nichts zu danken. Eine wirtschaftliche Hochflutperiode haben wir nicht den Kartellen und Syndikaten zu verdanken, die kommt von selbst und verschwindet auch von selbst.

Es fragt sich also für die Arbeiter, ob für die Zukunft ein günstiger Einfluß, eine ausgleichende Einwirkung auf das „himmelhoch jauchzend, zu Tode betäubt“ von den Syndikaten zu erwarten ist, und ob sie dafür die Grundlage schon gelegt haben. In dieser Beziehung ist zuerst ganz allgemein zu sagen: Jedes Syndikat beseitigt den schädigenden Wettbewerb der kapitalistischen Konkurrenz und übt so einen günstigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben aus. Sie beseitigt die Preiswuchererei und zwingt die Unternehmer so in den Stand, den Arbeitern bessere Löhne zu zahlen. Ob die Unternehmer freilich bessere Löhne zahlen wollen, das ist eine andere Frage. Auch ermöglichen die Syndikate, wiederum ganz allgemein genommen, ein genaues Studium der Markt- und Absatzverhältnisse, sodaß danach die Produktion geregelt werden kann. Das ist zweifellos ein großer Vorteil und wenn die Syndikate sich bei der Bemessung der Produktion von einer wirklichkeit Kenntnis der Marktverhältnisse, nicht von dem wilden Spekulationsgeiste, leiten lassen, dann können die Folgen der Tätigkeit der Syndikate auch den Arbeitern zugute, weil dadurch die Ueberproduktion in guten Zeiten vermieden und damit die Schärfe und die Dauer der Krisen und der Arbeitslosigkeit vermindert wird.

Das ist klar. Aber ebenso klar ist es auch, daß gerade die Preisgestaltung der Kartelle auf die Entwicklung der kommenden Dinge einen ungemein großen Einfluß ausüben muß. Hier ein Loblied auf die Kartelle zu singen, wie es Rheinbaben tut, geht doch wohl nicht an. Besonders unbegreiflich ist, daß der Minister dabei den Stahlwerksverband und das Kohlenyndikat in einen Topf wirft. Hier muß doch wohl ein kleiner Unterschied gemacht werden. Der Stahlwerksverband fabriziert zu einem sehr wesentlichen Teile Fertigfabrikate, das Kohlenyndikat fördert Fabrikationsmaterial. Das ist doch ein Unterschied, der die Preisgestaltung beider Institute in ganz verschiedenem Lichte erscheinen läßt.

Der Stahlwerksverband hat zweifellos eine ziemlich maßvolle Preispolitik beobachtet. Aber ist nicht ein erheblicher Unterschied in der Aufwärtsentwicklung seiner Preise bei den verschiedenen Gruppen. Wenn er die Preise der Fertigfabrikate allzusehr herausschraubt, dann wird er eben nichts gewinnen, dann läßt die Bautätigkeit auf allen Gebieten nach, dann läßt der Absatz nach und der Stahlwerksverband mag sehen, wie er seine Produkte absetzt. Natürlich wird er darum bei Fertigfabrikaten nur das nehmen, was er bekommen kann, ohne seine Abnehmer zu schwer zu schädigen. Anders liegt es aber, und das geht besonders die Arbeiter der weiterverarbeitenden Industrien an, mit dem Halbzeug. Sicher liegt es eingermessen

im Interesse der Industrie, wenn den Werken für Fertigfabrikate in der Zeit der Hochstuf ein kleiner Dämpfer aufgesetzt wird, jenseit durch Ueberproduktion und damit lange Arbeitslosigkeit, weil die meisten kleineren Unternehmer dieser Industriegruppe in der Regel von dem Gesetze des wirtschaftlichen Lebens keine Ahnung haben und solange will darauf los wirtschaften, bis es kracht. Aber diese Dämpfer in Gestalt von Preiserhöhungen dürfen nicht über ihre Kräfte hinausgehen und in dieser Beziehung scheint der Stahlwerksverband, bei aller Mäßigung, die er in seiner Preispolitik zu beobachten glaubt, doch an der Grenze des Möglichen angekommen zu sein. Die gesamte Eisenerzeugung aller Branchen, soweit sie nicht konkurrenzlose Spezialartikel für besonderen, ununterbrochenen, der Mode entrückten Bedarf produziert, jammert seit längster Zeit unausgesetzt über die hohen Rohmaterialienpreise und einzelne Branchen behaupten schlangweg, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Daß dadurch das wirtschaftliche Leben nicht gefährdet, die Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht verhindert wird, liegt auf der Hand.

Noch unangenehmer liegen die Dinge aber beim Kohlenyndikat. Die Kohle ist das Lebensmittel der Industrie. Wenn die Industrie keine Kohle hat, kann sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht produzieren. Jede Verteuerung der Kohle verteuert die Fertigfabrikate und macht es den Verbrauchern unmöglich, sie in dem alten Umfange zu kaufen. Ein Produkt nach dem andern wird dadurch unverkäuflich und schließlich ist die Krise da. Ist nun das, was das Kohlenyndikat vor einigen Wochen an Kohlen-Preiserhöhungen für den 1. April 1907 beschlossen hat, wirklich unerschuldlich, wie es nach der Auffassung des preussischen Finanzministers geglaubt werden muß? Mit nichten! Die Erhöhung beträgt bis zu 8 Prozent. Eine solche Erhöhung aber kann unser Wirtschaftsleben heute wohl kaum noch tragen, besonders, wenn weiter so ungeheure Summen aus dem Lande gezogen werden, wie das bei unserer Kolonialwirtschaft der Fall ist.

Es liegt also vorläufig wirklich alle Ursache vor, die Arbeiter, die an den Leiden und Freuden — an letzteren leider weniger — des Wirtschaftens näher interessiert sind, vor dem Laichen auf die schönen Töne der Rheinabenschen Musik dringend zu warnen. Ueber kurz oder lang muß das was bis jetzt ein wirtschaftliches Gesetz, wiederum eine Krise kommen und dabei ist der Arbeiter in erster Linie der Leidtragende. Soweit, daß die Arbeiter durch ihr Eingreifen die Unternehmer und die Syndikate zur vernünftigen Bemessung der Produktion zwingen und dadurch auf gewandere Verhältnisse hinarbeiten können, sind wir vorläufig noch nicht. Heute gilt es vielmehr in erster Linie, die Arbeiter in die Organisation zu bringen, damit sie, wenn die Krise kommt, einigermassen gewappnet sind und durch Beeinflussung des Umfangs der Produktion u. und deren Verteilung auf die gesamten Arbeiter die Schädigungen möglichst ausgleichen und die Notlage der einzelnen herabzumildern in der Lage sind. Unter diesem Gesichtswinkel bieten die Rheinabenschen Auslassungen für die Arbeiter eine bringende Mahnung, dafür zu sorgen, daß alle organisiert werden. Wenn die Organisation der Unternehmer mit ihrem einseitigen Spekulationsinteresse schon einen gewissen Vorteil für die Allgemeinheit bieten soll, wieviel größer muß dann erst der Vorteil sein, den eine geschlossene Arbeiterorganisation dem Volksganzen bieten muß. Darum: nicht erlahmen in der Agitation, gerade jetzt, am Vorabend einer schlechten Zeit, darf keiner, der nicht sein Interesse, das Interesse seiner Familie, das Interesse seiner Straße, das Interesse des ganzen Volkes vertrauen will, der Organisation fernbleiben.

### Auf abhälliger Fahrt

bestanden für die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Mit ihrer parteipolitischen Treue zu ganzen der Freimüthigen angeht, so der bevorstehenden Reichstagswahl haben sich die Generäle arg in die Richtung gesetzt. Der Regulator Nr. 2 muß diese oherliche Verleugung der Neutralität in mehreren Artikeln verteidigen, und zwar gegen Erwählungen im eigenen Lager. Die neuesten 2 Generäle in Berlin haben in ihrer wehrhaften Zurückhaltung ganz außer Acht gelassen, daß die H.-D. Mitglieder schon lange nicht alle, vielmehr die wenigsten von

ihnen, freimüthige Parteianhänger sind, die sich diese parteipolitische Wahlmacht nicht so ohne weiteres gefallen lassen. Aus verschiedenen Bezirken ist uns aus einer ganzen Reihe von Ortsgruppen gemeldet, daß insolge dieser H.-D. „Neutralität“ eine ganze Anzahl von christlich gesinnten Kollegen den Hirsch-Dunders den Rücken gewandt und zu unserm Verband übergetreten sind. Sie haben eingesehen, daß im christl. Metallarbeiterverband die im Statut proklamierte Neutralität auch im praktischen Leben gehalten wird. So quittieren die Anhänger der bürgerlichen Parteien, die in den H.-D. Verbänden organisiert sind, die freimüthigen Zutreiberdienste seitens jener Neutralitätsheuchler.

Nicht so leichten Kaufes kommt die Hirsch-D. Leitung aber mit den ungezählten Sozialdemokraten in ihren Reihen davon. Die treten nicht aus, sondern verlangen kategorisch ihre „Gewissen“-Rechte. Das zeigt sehr deutlich, daß die Hirsch-D. Vereine von den sozialdemokratischen Elementen schon sehr durchseucht, bald vollständig überwuchert sind und der Leitung anscheinend schon über den Kopf zu wachsen drohen.

Bei seinem freimüthigen Wahlartikel in Nr. 52 (1906) hatte sich der Regulator noch zu der ängstlichen und schwächlichen Bemerkung aufgeschwungen:

„sozialdemokratisch zu wählen, können wir nicht empfehlen, so lange jene Partei die Gewerksvereine prinzipiell bekämpft.“

Dieser Angstschrei vor der Sozialdemokratie hat den H.-D. Sozialdemokraten jedoch nicht gepaßt und sie haben feierlichen Protest dagegen eingelegt. Denn der „Regulator“ (Nr. 2) sieht sich gezwungen, ausdrücklich zu betonen, daß er nicht gegen die Wahl von Sozialdemokraten sei. In seiner bedauernden und qualvollen Situation entschuldigt er sich vor seinen werten Mitgliedern folgendermaßen:

„Wir erhalten Nachrichten, daß Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften und sozialdemokratische Arbeiter an unsere Adressen in den Werkstätten herantreten mit der Buge, sie dürften nicht sozialdemokratisch wählen. Das soll im Leitartikel des „Regulator“ Nr. 52 stehen. Wir begnügen uns, die nach dieser Beziehung maßgebenden Stellen jenes Artikels hier wiederzugeben. Wir sagten in jenem Artikel:

„Der Gewerksvereiner ist frei, er kann wählen wie er will, ohne jede Einschränkung. Er kann sich auch als Kandidat aufstellen lassen, wo er will, auch ohne jede Einschränkung, er geht dadurch keiner statutarischen Rechte verloren, wird nicht ausgeschlossen, dafür sind die Gewerksvereine eine neutrale Organisation.“

Das ist grundlegend und klar genug gesprochen. Wo? fragen wir, ist da ein „Zwang“ auf unsere Mitglieder herauszulesen? Der Gewerksvereiner läßt seinen Mitgliedern volle Freiheit bei der Abgabe der Stimme.“

Anscheinend haben aber die Hirsch-Dunderschen Sozialdemokraten noch weiter gehende Ansprüche gestellt, sogar ein direktes Empfehlen der sozialdem. Partei gewünscht, denn der Regulator sieht sich veranlaßt, wie folgt abzuwimmeln:

„Kein Gewerksvereiner kann verlangen, daß das Organ des Gewerksvereins eine Partei empfiehlt, die gerade jenen Gewerksverein prinzipiell bekämpft, für den das Organ einzutreten verpflichtet ist. Das ist doch auch klar.“

Ebenso klar ist aber auch, und jeder aufmerksame Beobachter der deutschen Arbeiterbewegung stößt Tag für Tag darauf, daß die Reihe der Hirsch-D. Gewerksvereine langsam aber unaufhaltsam ins rote Lager hinübergeht. Das Falllassen des Reverses war eine äußere Begleiterscheinung, die Grundsatz- und Prinzipienlosigkeit ist der tiefere Grund dafür. Schon in Nr. 1 unseres Organs haben wir auf die inkonsequente Haltung der H.-D. Leitung gegenüber der Sozialdemokratie hingewiesen, die nur deshalb die Partei nicht empfehlen kann, „solange jene Partei die Gewerksvereine prinzipiell bekämpft.“ Stellt die Sozialdemokratie diesen Kampf ein, sind auch H.-D. Gewerkschaften und sozialdem. Partei eins. Die derzeitige Zersplitterung scheint auch schon vom Regulator als etwas unausbleibliches vorausgesehen zu werden. Er hält es nämlich in demselben Artikel in Nr. 2 sogar für möglich, daß sich ein H.-D. Mitglied als sozialdemokratischer Kandidat aufstellen lassen könnte. Und an anderer Stelle derselben Nummer wird den H.-D. „Gewissen“ folgende Mahnung an Herz gelegt:

„Kein Gewerksvereinsmitglied etwa in sozialdemokratischer Wahlvereine sind, mögen sie doch einmal den Mund halten, dort nämlich gegen die Bekämpfung ihrer eigenen wirtschaftlichen Organisation

aufzutreten, dann haben wir Respekt vor solchen Mitgliedern.“

In Magdeburg haben die Hirsch-D. dem sozialdemokratischen Reichstags-Kandidat Pfannkuch ihre Unterstützung bei der Wahl angeboten, wenn er die H.-D. als gleichberechtigte Organisation anerkennt. Pfannkuch hat im Hinblick auf die Bedeutungslosigkeit der Hundert Leuten eine ausweichende Antwort gegeben und so sind die Hirsch-D. mit ihren „fundamentalen Grundsätzen“ in das Lager der liberalen „Nationalen“, gegangen, deren Wahlhonds vom Zentralvorstand der Industriellen und den übrigen Scharfmachern gespeist wird.

Diese Erscheinungen bilden einen weiteren Beweis für den Niedergang der fast- und kraftlosen Hirsch-Dunderschen Richtung. Ihre Woffsprünge bei dieser Reichstagswahl sind zum Erbarmen und müssen entweder Heiterkeit oder Mitleid hervorrufen. Sie verdienen es nicht besser; sie haben sich selbst auf diese abschüssige Bahn hingedrängt und nun wird es kein Halten mehr geben. Die Wellen des „roten Meeres“ werden sie verschlingen und wenn sie noch so energisch freimüthige Politik machen. Je eher sich diese reinigende Klärung vollziehen wird, um so besser wird es für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung sein.

### Sozialdemokratische Selbstbeleuchtung.

Gar gewaltig sind sich die Gewissen bekanntlich wegen des neuen Buchdruckertarifs unter sich in die Haare geraten. Am heftigsten tobt der Bruderkampf zwischen der Leipziger Volkszeitung, dem zweitgrößten und führenden Parteiorgan und dem Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker. Herr Franz Meising, der Spiritus-rector der Leipz. Volksztg., hat nämlich als konsequenter Sozialdemokrat den Buchdruckertarif zum Teufel gewünscht und in seiner wüthen Art bekämpft. Dabei hat er die heftigsten persönlichen Beschimpfungen gegen den Korrespondent-Redakteur Rehhäuser gerichtet, den er u. a. als „schuftigen Demunzianten“, „Helfershelfer des Staatsanwalts“ usw. tituliert hat.

Rehhäuser ist hierauf auch saugroh geworden und die Antwort nicht schuldig geblieben. Mit Pohn geißelt er im Korrespondent Nr. 149 (1906) unter der Ueberschrift: „Der Tiger als Affe“ die „zum Erbarmen elende Unfähigkeit der Politiker in der Leipz. Volksztg.“, die „blutrünstige Form der Propaganda der Derrabialen“, die „wie ein blutigeriger Tiger auf die Beute gelauert“, schließlich aber nichts weiter gewesen sei, „als ein zum Narren gehaltener Affe: Der Tiger als Affe!“ Dann heißt es weiter in dieser schönen Brudersprache des Zukunftsstaates:

„In ihrer blöden, aber pathologisch leicht erklärlchen Veranlagung, Tisch und Bänke zu beschmierern, war selbstverständlich das Leipziger Parteiorgan das erste, welches — wir sprechen immer in der bilderreichen Sprache dieser Meisterin des guten und sachlichen Tones, des politischen und parlamentarischen Taktes — wie ein Tiger sich auf die Buchdrucker stürzte, um ein für allemal diesen gefährlichen Gegner der Revolutionsumantif niederzureißen. Wiederholt hatte man in den Jahren zum Sprunge ausgeholt, ihn auch gewagt, war aber regelmäßig zu kurz gesprungen und immer recht empfindlich auf die Schnauze — man beachte, wir sprechen vom Tiger! — geschlagen worden.“

Kein Wunder, daß unter den braun- und gelbgefleckten Herren Bestien in der „L. V.“ namenlose Mut jede andere Erwägung erschröte. Wie die Nachgebürtinnen des alten Hellas, kündigen sie den „Verbrechern“ Tod und Verderben an, verfolgen sie die Spuren derer, die an des phrasenhaften Revolutionarismus geheiligter Majestät sich verständig, die ihnen das sichere Opfer aus den Klauen gerissen, die vor aller Welt den 2,9 Meter vom Kopfe bis zur Schwanzspitze messenden Tiger in einen der Lächerlichkeit überlieferten Affen verwandelt. . .

Wir hätten im gegenwärtigen Augenblicke von all dem nichts erwähnt, wir würden uns die Abrechnung für eine spätere Zeit aufgehoben haben, oder ein Streich, so gemein und elend und heimtückisch, wie er zu einer Unmöglichkeit selbst in der heruntergekommensten Revolverprelle wird, zwingt uns, das Leipziger Parteiorgan als ein Preßerzeugnis zu bezeichnen, bei dem die Scham zu den Hundten entspringt ist.

Dieses Organ für „Wahrheit und Freiheit und Brüderlichkeit“ hält sich befugt, die Chrabachnerberei en masse zu betreiben, beschimpft und

Besubelt, jeden, selbst die eignen Parteigenossen, wenn sie nicht widerprüchlos den geistigen Sabis- mus dieser modern-göttlichen Offenbarung anbeten, zerrt selbst den objektivsten Gegner unter Indianer- geheul durch die Gasse, verweigert, wie der Fall ihres Parteigenossen Buchschütz lehrt, den eignen Anhängern zu den bescheidensten Erwiderungen auf maßlose Anschuldigungen den Raum im Organe, hält es für selbstverständlich, auf eine beispiellos in der deutschen Zeitungsliteratur dastehende Er- barmlichkeit hin der Vertretung einer großen Ar- beiterorganisation das Wort zur tatsächlichen Richtig- stellung abzuschneiden, obwohl es zuvor nach dem „authentischen Materiale“ dürstete — und will eine sittlichere, idealere Menschheit erziehen als die heutige ist! Wer noch des Gefühls des Ekels fähig ist, wird an diesem altenmännigen Nachweise des feigen und heimtückischen Gebarens dieses Parteiblattes den Rest von Ekel verausgaben können.

Die Tyrannei des Sultans von Dahomey mutet einen wie linde Frühlingluft an gegen die Tyrannei und den Terrorismus des Leipziger Gewissenblattes. Seine Wut, mit der es wie ein Tiger auf alles Lebende stürzt, was ihm im Wege steht, ist nur der Beweis, wie ohnmächtig dieses Schimpforgan in Wirklichkeit ist, wenn ihm die Bühne gezeigt werden.

Dem führenden Soziblatt, das zur Erziehung der Gewissen dient, wirft Reichhäuser wieder vor: „aus den höchstgehändigen Fingern gezogenen Verdächtigungen“, „böbische Galanterie“, „nichts- nutzige Melodie der Leipziger Rattenfängerin“ usw.

So war es jedenfalls noch brüderlich im Stil und Ton des Zukunftsstaates weitergegangen, wenn nicht die Reichstagswahl gekommen wäre. Da hat der Tiger plötzlich seine Krallen eingezogen, um zu einem Sprung auf andere Beute auszuholen. Die Leipz. Volksztg. hat nämlich plötzlich die Alten über den Fall geschliffen. Der Korrespondent schreibt in Nr. 150 (1906):

„Nachdem der Tiger seine Beute verzehrt, schlief er über den „Fall“ die Alten! . . .

Das ist ihre (der Leipz. Volksztg.) weit und breit berühmte Moral! Kein Wort, daß sie ihre feigen, erbärmlichen Verleumdungen, ihre trotz Kenntnis des Sachverhaltes wider be- sereß Wissen, in die Welt geschleuderten Behaupt- ungen bedauert oder zurücknimmt.

Wie steht sie also da, die das heilige Feuer der Sachlichkeit hütende Parteivestalin! Daß sie damit ihrer Gemeinheit erst die Krone aufsetzt, daß sie ein- gestehen muß, die ordinärste Ehrabschnei- derei gewohnheitsmäßig und ohne jeden Anhalt verübt zu haben, was scheidet das unsre Volks- und Freiheitskämpferin! Weil ihr die Situation auf den Pfählen krennt, nicht weil sie zum Eingeständnisse ihrer Gemeinheiten gekommen, weil die zielbe- wußte Hezarbeit ihre Früchte getragen, weil der gewollte Zweck erreicht ist, schlief die „L. B.“ die Alten über den Fall! Der Tiger hat seinen Blutdurst gestillt und schlief über den Fall die Alten!

So wird der Chefredakteur des führenden Leip- ziger Parteiorgans von dem Sozialdemokrat Reich- häuser in einem freien Gewerkschaftsblatt gekenn- zeichnet. Ein ähnliches Porträt eines sozialdem. Par- teiredakteurs bringt der Korrespondent in Nr. 3 (1907) Der Spiritus-rector der roten Mannheimer „Volksstimme“, Herr Emil Maier, hatte nach dem Beispiel Mehrings sich ebenfalls an Reichhäuser gerieben, ihn den „berüchtigten Reichhäuser, freiwilligen Unternehmerjüdling, Renegat, Vursche“ usw. titu- liert. Dafür muß Herr Emil Maier folgende mora- lische Hinrichtung an sich vollziehen lassen:

„In eigener Sache“ überschreibt Emil Maier, ein durch der Massen Gnaden und der Götter Blind- heit zum schreiengewaltigen Volksführer in der „Mannheimer Volksstimme“ erhobener Mensch, eine Unmenge originalen Bößsinns und brutaler Gemein- heiten, die anscheinend immer mehr die Voraussetz- ungen für eine verheißungsvolle Kunst solcher Ge- wissen bilden. Bei einem Menschen wie Emil Maier ist es doppelt notwendig, mit denjenigen Eigenschaf- ten zu brillieren, die man sonst im Leben nur mit der Hundepeitsche zu durieren pflegt, denn ein wofalscher Maier muß ein ordentliches Stück Ar- beit für die Menschheit leisten, wenn er im Pantheon der Geschichte als „der große Maier“, „der be- rühmte Maier“ oder — wie wir ihn huldvollst zu nobilitieren geruhen — als Emil der Maierfort- leben will.

Die Gemeinheiten des „Genossen“ Maier ver- leben sich wie bei allen ähnlichen Strebern aus der

Tatsache heraus, daß der große Haufen mit Vorliebe solche Heiden auf das Schwid erhebt, die das Maul aufreißen wie der biblische Balaam, aber schließlich durch den engen Schlund kaum einen Spring hin- unterbringen. Das M. u. ist eben i Haupt a. e. und das einzige, womit Gewissen a la Maier von ihrem latenten Dasein Zeugnis ablegen. Da der liebe Gott in seiner fürsorglichen Weisheit jedem Lebe- wesen sein Teil Futter zugemessen, so hat er liebe- voll auch dafür gesorgt, daß Emil der Maier nicht zu verhungern braucht. Für ihn wie eine große An- zahl seinesgleichen hat er extra den Verband der Deutschen Buchdrucker und speziell den Reichhäuser ge- schaffen, sonst wäre es schlecht um solche Maier und seine Konjorten bestellt. Da können sie sich breit- spurig wie ein walonischer Kriassier aus dem Heere Bappenheims vor das erstauht aufstrebende Volk hinpflanzen und mit der Phrasologie eines ganzen Jahrhunderts den Staat der Zukunft vor den „harmonieduseligen Standeseigenen. . . einen Reichhäuser“ retten! Davon leben die Genossen, das ist ihr Futter, das sie täglich hinunterschlingen mit der Hast dessen, der nicht weiß, ob er am andern Tage noch eine Mahlzeit zu erschaffen hat. Und alles rings im Kreise staunt und staunt ob solcher Reden Heldentaten, und wie die Masligopioni im alten Rom widerspenstige Gladiatoren mit Peitschenhieben in die Arena zurückgetrieben, so treibt dieses Buh- len um die Gunst der Massen solche Charaktere im- mer wieder zu Ehrabschneiderei, zur Ver- leumdung, zu angelegenen Gemeinheiten zurüd, neuen Ruhm an ihre Fersen heftend.

Außerdem bringt man sich damit nach oben in empfehlende Erinnerung, auf alle Fälle aber wird man beim urteilslosen Haufen unendlich popu- lär. Und wie viele haben um dieser Popularität wil- len schon die bessere Ueberzeugung, sogar den Cha- rakter verkauft, denn süß ist es, bei der Gunst der Massen zu einem Halbgotte erhoben zu sein — und je nach seinem geistigen Tiefstande ersetzt sich ein Papiertageelöhner durch Schreien und Schimpfen, was ihm an Wahrheitsgefühl und an Können fehlt.

Das sind die sozialdem. Partei-Redakteure, die den roten Wölfen die geistige Nahrung produzieren und servieren. Wenn die aber schon gegen eigene Parteigenossen wie die Buchdrucker so schamlos vor- gehen, dann können sich unsere Kollegen wohl ein Bild davon machen, wie diese Geistesjeden gegen die verhasste christliche Arbeiterbewegung ha- sen, lügen und schwindeln. Diesem von einem Sozialdemokrat und freien Gewerkschaftsführer entworfene Bild der führenden Geistesgrößen am Leipziger und Mann- heimer Parteiorgan wird man die Streibschere-Re- daktion am roten Zentralorgan „Vorwärts“ ruhig beifügen können und sich diese Selbstbeleuchtung für zukünftige Fälle aufbewahren. Wenn die Gewissen dann unsern Kollegen mit roten Parteiblättern him- men, welche mit Angriffen auf die christlichen Or- ganisationen gespickt sind, dann können sie den roten zeigen, was Geistes Kinder die Verfasser solcher Geistesprodukte sind.

Der Appetit und die Sehnsucht nach dem roten Zukunftsstaat dürfte jedoch bei allen noch nicht voll- ständig verblödeten Menschen angesichts dieser Zu- stände im Lager der Weltverbesserer immer kleiner werden.

### Soziale Rechtspredung.

#### Weitere Blüten des preussischen Vereins- Gesetzes.

Gegen den Vorsitzenden unserer Ortsgruppe Jf- selburg war Anklage erhoben worden, weil er weib- liche Mitglieder in den Verband aufgenommen hatte. Darin hat die Polizeibehörde ein Vergehen gegen das preussische Vereinsgesetz vom 11. März anno 1850 erblickt. Das Landgericht Duisburg hat in der Sitzung vom 23. August 1906 dem Ankläger Recht gegeben und unsern Vorsitzenden zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen diese Entscheidung wurde Berufung eingelegt, die von dem Strafsenat des Königl. Kammergerichts Berlin am 13. Dezember 1906 als unbegründet kostenfällig abge- wiesen wurde. Dieses Urteil wird vom Kammer- gericht in folgender Weise begründet:

#### Gründe:

Die Strafkammer hat als erwiesen angesehen, daß der Angeklagte Rod, als Vorsitzender des Orts- verbandes Jfesselburg im März 1906 zu Jfesselburg in den örtlichen sozialdem. Metallarbeiterverband Deutsch-

lands, einen Verband, welcher bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, Frauenpersonen als Mitglieder aufgenommen hat. Daraufhin ist von wegen Vergehens gegen Para- graph 8, Ziffer 3, 16, der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verküftung eines die gesetz- liche Freiheit und Ordnung gefährdenden Miß- brauchs des Vereins- und Versammlungsrechtes ver- urteilt.

In der von dem Angeklagten erhobenen Re- vision wird behauptet, daß das Landgericht den Paragraph 8 der Verordnung unrichtig angewendet habe. Die Anwendung dieser Vorschrift würde durch die getroffenen tatsächlichen Feststellungen nicht ge- rechtigt. Der Verband sei kein politischer Ver- ein im Sinne des Paragraph 8.

Die Rüge ist aber unbegründet. In dem an- gegriffenen Urteile wird die Frage, ob es sich hier um einen Verein handelt, welcher bezweckt, poli- tische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, auf Grund nachstehender Erwägungen bejaht:

„Allerdings enthält der Paragraph 2 des vo- den Angeklagten vorgelegten Statuts des Verbandes nichts, was auf eine politische Betätigung des Ver- eins hindeutet. Aber schon der Paragraph 3 des Statuts zählt unter b) als Mittel zur Erreichung dieses Zwecks auf: „Vertretung der Arbeiter-Inter- essen bei den Behörden, Regierungen und Parla- menten.“

Im übrigen ist für die Beurteilung des Zwecks eines Vereins nicht nur die Bestimmung des Sta- tuts maßgebend, sondern vor allem auch die Art und Weise, in der sich der Verein in den Ver- sammlungen und nach außen hin tatsächlich betätigt. In dieser Beziehung bezeichnet das bei den Akten der Bürgermeisterei Jfesselburg betreffend den Metall- arbeiterverband befindliche Flugblatt: „Was erstrebt und bietet der christliche Metallarbeiterverband für seine Mitglieder?“, das von der Zentrale des Ver- bandes herausgegeben und nach Angaben der An- geklagten mit ihrem Wissen und Willen in Jfesselburg verbreitet worden ist, als Ziel des Verbandes un- ter anderem:

„Weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes, der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsge- setze, der Maximalarbeitsstag, Gleichberechtigung des Arbei- terstandes auf allen Gebieten auf gesetzlicher Grund- lage, sowie gesetzlicher Schutz der Arbeiter gegen jegliche Ausbeutung und Unterdrückung.“

Die Angeklagten haben ferner zugegeben, daß in der Gründungsversammlung der Jfesselburger Orts- gruppe vom 12. März 1905 eine Aenderung des Koalitionsrechtes als wünschenswert und erstrebens- wert bezeichnet worden ist, desgleichen eine Aen- derung der Krankenversicherungsbestimmungen. Der Angeklagte Rod hat ferner zugegeben, daß auch in sonstigen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppe Jfesselburg das Vereins- und Versammlungsrecht be- spochen und dabei bemerkt worden sei, daß eine Aenderung desselben anzustreben sei. Alle diese Um- gelegenen, deren Aenderung hiernach von dem Metallarbeiterverband erstrebt wird, berühren aber den Staat unmittelbar. Eine Aenderung ist nur im Wege der Gesetzgebung möglich. Es handelt sich also um politische Angelegenheiten, die der Verband zum Gegenstand seiner Bestrebungen gemacht hat. Eine Erörterung dieser Angelegenheiten ist in den öffentlichen Versammlungen des Verbandes erfolgt, daß letzteres aber auch Zweck des Verbandes ist, folgt schon daraus, daß eine Erreichung der Ziele ganz besonders durch Erörterung in den Versam- mlungen gefördert wird.“

Diese Ausführungen der Strafkammer lassen einen Rechtsirrtum nicht erkennen, denn die erwähnten Gegenstände, welche in den Versammlungen des Verbandes erörtert werden sollten, stehen mit der sozialen Gesetzgebung im engsten Zusammenhänge. Gerade mit dem im Verbande aufgeworfenen Fragen beschäftigen sich die Organe des Staates und die- se bewegen die politischen Kreise der Bevölkerung und werden von den Parteien, die einen Einfluß auf die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben bestrebt sind, vorwiegend erörtert.

Die Revision enthält nur Angriffe gegen die Be- weiskürzung und die Schlussfolgerungen des Land- gerichtes, die nach § 376 St.-P.-O. keine Beachtung finden können.

Da das Urteil zu rechtlichen Bedenken auch sonst keinen Anlaß bietet, muß die Revision auf Abseu des Angeklagten Rod (§ 505 der Strafprozeß- ordnung) zurückgewiesen werden.

Somit die Begründung dieses fonderbaren Ur- teils. Im Sinne desselben müssen alle wirtlich-

lichen Berufsorganisationen als politische Vereine erklärt und den reaktionären und längst veralteten Bestimmungen des Vereinsgesetzes unterstehen. In den engen Grenzen dieses schon mehr wie ein halbes Jahrhundert alten Vereinsgesetzes ist jedoch eine erquickliche gewerkschaftliche Tätigkeit kaum denkbar. Wie können z. B. in der Textil-, Metall-, Bekleidungs- und allen andern Industrien mit vielen weiblichen Arbeitskräften die Arbeiter für eine Besserung ihrer Verhältnisse durch ihre Berufsorganisationen wählen, wenn allen Arbeiterinnen der Branche der Beitritt zu den Organisationen verboten sein soll, weil eben nach Auffassung des einen oder anderen Gerichts die Gewerkschaften politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes sein sollen.

Kein Mensch aber wird verlangen können, — es wäre auch ein Todesurteil für die Gewerkschaften — daß sie sich nicht mit den brennenden Fragen der Sozialpolitik, wie Koalitionsrecht, Arbeitskammern, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Maximalarbeitszeit, Arbeiterschutz usw. befassen sollten. Das ist jedoch nur möglich durch Einwirkung auf die gesetzgebenden Faktoren. Hier aber lauert das Vereinsgesetz auf seine Beute, erklärt das für eine politische Betätigung und bringt die veralteten Bestimmungen dieses Vereinsgesetzes in Anwendung, um dadurch das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter null und nichtig zu machen.

Drahtlicher wie durch vorstehendes Urteil kann die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände wohl kaum bewiesen werden. Im Interesse unseres ganzen Volkswohls dürfte es bald doch höchste Zeit sein, hier Remedur zu schaffen. Bei der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine wäre diese Gelegenheit gegeben, aber der von der Regierung dem ausgesperrten Reichstaa vorgelegte Entwurf hat diese Forderungen nicht erfüllen können. Ob eine etwaige neue Vorlage etwas Besseres nach der Richtung bringen wird, muß abgewartet werden. Große Hoffnungen haben wir nicht. Im Interesse unseres arbeitenden Volkes und der hochbedeutenden Standesorganisationen müssen wir immer und immer wieder die Forderung erneuern: Schaffung eines modernen, freiheitlichen Reichs-, Vereins- und Versammlungsrechts!

**Aussperrung und § 153.**

Ein in gewerkschaftlich organisierten Kreisen wichtiger Strafprozeß hat zuerst die Essener Gerichte und das Oberlandesgericht in Hamm beschäftigt und vor der Essener Strafkammer seinen Abschluß gefunden. Durch Urteil des Schöffengerichts in Helsenhausen vom 9. Januar dieses Jahres wurden wegen Vergehens gegen Paragraph 153 der Gewerbeordnung beurteilt: 1. der Sekretär der Maurer, Hof-Lübbering in Essen, zu 4 Wochen, 2. der Maurer Gerhard Czerninski in Hotthausen zu 1 Woche und 3. der Maurer Arthur Propp in Hotthausen zu 5 Tagen Gefängnis. Die Angeklagten waren beschuldigt, am 14. Juni zu Hotthausen den Maurer Horn durch Drohungen, Ehrverletzungen bezw. Verleumdungen zu bestimmen versucht zu haben, Verabredungen behufs Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten. Die drei Angeklagten gehören zum Maurerverband, deren Mitglieder von dem Arbeitgeberverbande um die angegebene Zeit ausgesperrt waren. Die Aussperrten hielten Streikposten auf und unterstützten die Partien, an denen gearbeitet wurde, einer ständigen Ueberwachung. Am 14. Juni kamen die Angeklagten in Hotthausen an einen Bau, an welchem der Maurer Horn arbeitete. Lübbering redete ihn an und fragte ihn, weshalb er sich aus dem Verbanne habe freilassen lassen, und fragte ihn zu bewegen, die Arbeit niederzulegen. Schließlich sagte er, wenn Horn noch weiter arbeite, werde er dafür sorgen, daß er Horn, in ganz Hotthausen und Helsenhausen keine Arbeit bekommen werde. Propp äußerte gegenüber Horn, er werde mit ihm schon „hübsch“ abrechnen. Am Nachmittage desselben Tages kam der Angeklagte Czerninski wieder zu dem Bau und bedrängte Horn. Das Schöffengericht hielt im vorliegenden Falle ein Vergehen gegen Paragraph 153 der Gewerbeordnung für gegeben und erklärte auf die eingeklagten Strafen. Gegen dieses Urteil legt die Angeklagten beim Landgericht in Essen Berufung ein, ohne Erfolg. Kammer wandten sich an das Oberlandesgericht in Hamm. Das Oberlandesgericht in Hamm hat am 21. Juli dieses Jahres ein Urteil gefällt, indem es die Verurteilung und § 153 der Gewerbeordnung rügte. Das Urteil ist zur Zeit der hier in Frage stehenden Maurer überall ausgesperrt waren, 1

hatten sie die Arbeit niedergelegt; günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, war damals keineswegs ihr Streben, wenigstens betätigten sie sich nicht nach dieser Richtung. Das Oberlandesgericht beschäftigte sich am 10. Juli mit der Angelegenheit und hob das erste Urteil auf. In dem Urteil des Oberlandesgerichts wurde u. a. ausgeführt: Zur Erfüllung des Tatbestandes des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung genügt es nicht, daß jemand einen anderen durch die in Paragraph 153 bezeichneten Mittel zu bestimmen versucht, an irgend welchen Verabredungen teilzunehmen, die von einer Vereinigung ausgehen, deren Zweck an sich auf die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet ist, sondern es muß sich um solche Verabredungen handeln, die gerade diesem Zwecke, der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen dienen sollen. Das angefochtene Urteil läßt aber eine Darlegung des Sachverhalts vermissen, aus der sich ergibt, daß die Angeklagten den Horn zu bestimmen versucht haben, an derartigen Verabredungen teilzunehmen.

Nachdem so gewissermaßen die Direktive des Oberlandesgerichtes gegeben war, hatte die Essener Strafkammer lediglich zu prüfen, ob durch die Aussperrung der Unternehmer die Arbeiter günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen wollten. Dieses konnte in der heutigen Verhandlung nicht festgestellt werden. Lübbering und Propp wurden daher freigesprochen, während Czerninski wegen Verleitung des Horn zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurde. Gemäß diesem Urteil wird der Paragraph 153 durch eine Aussperrung im wesentlichen wirkungslos gemacht.

**Krankheit und Invalidenversicherung.**

Eine wichtige Entscheidung in der Invalidenversicherung hat das Reichsversicherungsamt getroffen. Sie geht dahin, daß auf die 100 Pflichtbeiträge, von deren Leistung der Eintritt der verkürzten Wartezeit von 200 Beitragswochen abhängig ist, Krankheitswochen angerechnet werden können. Das Gesetz konnte zwar so ausgelegt werden, daß die abgekürzte Wartezeit von 200 Beitragswochen nur solchen Personen zu gute kommen sollte, die tatsächlich 100 Beiträge geleistet haben. Dieser Auslegung gegenüber ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Anrechnung von Krankheitswochen als Beitragswochen ohne jede Beschränkung für zulässig erklärt ist, und es schon an dem Willen nicht gerechtfertigt erscheint, die Ergänzung der gekürzten 100 Pflichtbeiträge durch Krankheitswochen oder sonstige Ersatzthaten auszuschließen. Eine abweichende Auslegung würde eine Unbilligkeit gegenüber allen demjenigen Versicherten darstellen, die vor Entrichtung von 100 Pflichtbeiträgen zwar noch nicht erwerbsunfähig im gesetzlichen Sinne, wohl aber Berufsunfähig werden und genötigt sind, sich, statt als Arbeiter, als kleine Unternehmer oder Hausgewerbetreibende zu ernähren.

**Soziale und gewerkschaftliche Kundschau.**

**Internationale Gewerkschaftsstatistik.**

Gemäß den neueren Zusammenstellungen haben die Arbeiterorganisationen der verschiedenen Staaten folgende Mitgliederzahlen aufzuweisen:

Bereich	Zahl der Mitglieder	Prozent in % der Gesamtbevölg.
Berein. Staaten u. Amerika	2 000 000	2,64
Großbritannien und Island	1 866 755	4,50
Deutschland	1 822 343	3,23
Frankreich	781 341	2,00
Oesterreich	323 099	1,24
Italien	260 102	0,80
Belgien	128 700	1,92
Schweden	105 000	1,92
Australien	100 626	2,64
Dänemark	90 911	3,71
Ungarn	71 173	0,37
Spanien	56 945	0,31
Schweiz	48 000	1,44
Niederlande	37 221	0,73
Nor-Island	27 714	2,58
Norwegen	16 227	0,73

Wie aus dieser Statistik ersichtlich, sind die deutschen Gewerkschaften auf dem besten Wege, die weit älteren englischen Gewerkschaften in bezug auf die Mitgliederzahl zu überflügeln. Mit der weiteren Entwicklung unserer Industrie und dem unaußhaltbaren Fortschreiten der gewerkschaftlichen Ideen wird der Zeitpunkt wohl nicht fern sein, daß Deutschland hinsichtlich der Zahl der organisierten Arbeiter an die erste Stelle rücken wird.

**Der bayerische Eisenbahner-Verband,**

die erste dem Gesamt-Verband der christlichen Gewerkschaften angegeschlossene Staatsbediensteten-Organisation, kann jetzt auf eine 10jährige Tätigkeit zurückblicken. Zu Weihnachten des Jahres 1896 traten in Regensburg 17 Delegierte aus verschiedenen Städten Bayerns zusammen und beschloffen die Gründung des genannten Verbandes.

Das Ziel, das sich die Gründer des Verbandes stellten, war: eine Verbesserung der Lage der Eisenbahnbediensteten und Arbeiter auf dem Boden der bestehenden Staatsverfassung und mit allen gesetzlichen Mitteln herbeizuführen.

Wie alle Berufsorganisationen hatte auch dieser Verband sehr viele Hindernisse und recht gefährliche Kinderkrankheiten zu überwinden, was ihm erfolgreich gelungen ist. Im Jahre 1897 zählte er bereits 9500 Mitglieder und hat deren zur Zeit rund 23 000. Der starke Rückhalt, den der Verband jetzt durch seinen Anschluß an den Gesamt-Verband in der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands hat, wird ihm eine weitere günstige Entwicklung für die Zukunft garantieren.

**Soziale Wahlsiege.**

In München-Glabbadach errangen die christlichen Arbeiter bei den Wahlen zum Gewerbegericht einen glänzenden Sieg. Die christliche Liste erhielt 9 800, die sozialdemokratische 2900 Stimmen, während die Hirsch-Dunderschen, die auch hier als die unermesslichen Hauswursten nicht fehlen wollten, sich mit 380 Stimmen riesig blamierten. Zum ersten Mal wurde nach dem Verhältniswahl-System gewählt, aber sämtliche Siege entfallen auf die christlichen Gewerkschaften. Ein Bravo den Glabbacher christlichen Arbeitern.

Ein weiterer christlicher Wahlsieg ist aus Oberhausen (Rhld.) zu melden. Hier fanden am 14. Januar Neuwahlen für die Vertreter der Ortskrankenkasse statt. Die christlichen Kandidaten erhielten 793 und die Sozialdemokraten 548 Stimmen. Die Wahlen fanden statt, weil die im November vorigen Jahres getätigten Wahlen für ungültig erklärt worden waren. Damals betrug das Stimmenverhältnis 578 gegen 504 Stimmen. Es haben also die christl. Arbeiter einen sehr starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen, wogegen die Herren Sozialen Vorsicht zu verzeichnen haben. Allmählich wirtschaften die Woten mit ihrem Klassenkampfgebimmel bei allen denkenden Arbeitern ab.

**Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Herr Jäder von Düsseldorf.**

Die Ortsvereine Menden-Gemer des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes hatten unter dem viel-sagenden Thema: Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Referent Herr Jäder-Düsseldorf, für Sonntag, den 13. Januar eine öffentliche Versammlung anberaumt. Das Lokal war gut besetzt, zum größten Teil aber von christlich-nationalen Arbeitern, die mit Recht vermuteten, daß die Versammlung unter falscher Flagge gehele. Herr Jäder, der Referent, legte alsbald los und gebrauchte 2—3 Minuten, um den ganzen Gezeigentwurf in Grund und Boden herein-zureden. Als gelehriger Schüler August Bebel's, nach dem Rezept, „ich verpflichte mich als Redaktor eines Gewerkschaftsblattes, sämtliche Mitglieder zu Sozialdemokraten zu machen, ohne daß ich das Wort Sozialdemokratie auch nur einmal nenne,“ handelte Herr Jäder. Nach einstündigen, fast- und kraftlosen Ausführungen hatte er seinen Spruch beendet. Daß seine Rederei sich hauptsächlich um die Mißhandelsverträge und Hungerwahlen drehte, ist selbstverständlich. Währende Sorgfalt legte der Herr für die kleinen Beamten und Lehrer an den Tag. Leider war sein Liebeswerben vergebens. Jetzt die angekündigte „freie“ Diskussion.

Der Vorlesende gab dieses bekannt, fügte aber gleich hinzu, die Redezeit betrage nur fünf Minuten. Die Versammlung protestierte hiergegen, und wurde denn nun auch freie Redezeit durchgesetzt. Als erster sprach Kollege Hamer, welcher das merkwürdige Referat scharf kritisierte und die Versammlung zum Eintritt in die christlichen Gewerkschaften aufforderte. Hierauf sprach Kollege Weindrenner-Hamm, der die von dem Herrn vorgebrachten Behauptungen widerlegte und konstatierte, daß Herr Jäder Behauptungen aufgestellt, ohne auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen. Hatten wir schon vorher während des Referates des Herrn Jäder einen Vorgehensmaß von der Geisteshöhe des Herrn bekommen,

setzte das Schlüsselwort dem Ganzen die Krone auf. Es war der reinste Eiertanz, den diese rote Intelligenz aufführte. U. a. führte er aus, Kollege Weinbrenner habe zu 80 Proz. unsachlich geredet, im selben Atemzuge sagte er aber wörtlich: „Herr Weinbrenner habe im großen und ganzen nur sachlich geredet.“ (Prozentrechnung anscheinend schwach beim Genossen Jäder). Ferner, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften seien, habe er gar nicht behauptet. Jetzt faselte er von den kath. Fachabteilungen. Vergeblich mühte sich dann Herr Jäder ab, das Verfagen der sozialdemokratischen Partei in allen Arbeiterfragen zu verteidigen. Von der Kolonie zwischen dem Genossen Scheibe-Dorfmund und Hue-Vochum auf dem Parteitage in Mannheim wisse er nichts, ebenso die Herausgabe der Broschüre zur Verurteilung der Gemüter, die ja bekanntlich 1200 Mark gelistet haben soll, war ihm auch nichts bekannt. Unter allgemeiner Heiterkeit verließ Herr Jäder das Podium.

Kollege Hamer empfahl der Versammlung eine Resolution für die christliche Gewerkschaftsbewegung und brachte ein Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung aus. Als wir das merkwürdige Verhalten des Herrn Jäder sahen, fielen uns unwillkürlich die Worte aus Goethes Faust ein:

Mein teurer Freund, ich rat euch drum,  
Zuerst Collegium Dogicum,  
Da wird der Geist auch fein dreßiert,  
In spanische Stiefeln eingeschnürt.

Vorstehende Worte des Dichters empfehlen wir dem Herrn Jäder zur eifrigen Befolgung. Vielleicht, daß er dann nächstens etwas vernünftiger redet.

Dann aber noch eine Frage? Was sagt denn die Leitung des angeblich „neutralen“ Buchdruckerverbandes zu dieser Sorte von Neutralität? Kürzlich schrieb der Korrespondent, es sei doch selbstverständlich, daß solche Mitglieder ausgeschlossen würden, die für die christlichen Gewerkschaften agitieren. Wenn der Buchdruckerverband nun einen Schatten von Neutralität bewahren will, muß er aber doch viel eher diese Mitglieder in Mendon-Hemer ausschließen, die unter der falschen Flagge des neutralen (?) Buchdruckerverbandes sozialdemokratische Wahlveranstaltungen abhalten. Oder ist das was anderes und bei den „neutralen“ Buchdruckern auch selbstverständlich?

**Sirsch-Dunckerische Sauwürstlieden.**

Plumper Schwindel wird von den Gegnern zur Zeit getrieben, um den christl. Gewerkschaften Parteipolitik nachzusagen. In voriger Nummer haben wir schon einige derartige „Beweise“ als Blödsinn oder dreisten Schwindel entlarvt. Bei diesem läßlichen Beginnen dürfen die Sirsch-Dunckerischen Strategen natürlich nicht fehlen. Einen recht drohlichen Schwanzstreich leistet sich die S.-D. Westd. Arbeiter-Post Nr. 3, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende Winkelblättchen der rheinisch-westfälischen „Reformhirschen.“ In Ermangelung andern Stoffes schreibt das Blättchen unter der Überschrift „Christliche Gewerkschaften im Wahlkampf“ zwei Wahlenten aus einer Frankfurter Juden-Zeitung ab. Danach sollen erstens: die christlich-organisierten Arbeiter des Schwarzwaldes eine Reichstagskandidatur und zweitens: der christl. Metallarbeiterverband, deren zwei in Sachsen aufgestellt haben. Das ist direkt unwahr, was auch die Redaktion der W. A. P. jedenfalls gewußt hat. Trotzdem wird die Lüge weiter kolportiert. Was kann man auch mehr verlangen von Leuten, denen von ihrem eigenen Zentralorgan „Spitzbubenaktivi“, „Taktik der Hinterlist und Unerschlichkeit“ und ähnliche Dinge um das glorwige Haupt gewunden wurden.

Das Sirsch-D., die sich mit ihrer Parteipolitik bei der jetzigen Reichstagswahl immer in die Messen gesetzt und unsterblich lächerlich gemacht haben, möchten nun gar zu fern auch die christl. Gewerkschaften in das politische Getriebe hineinziehen. Das wird jedoch vergebliche Mühe sein. Diese parteipolitisch „Neutralen“ S.-D. Gewerkschaftler haben in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt und machen in ihren Winkelblättchen eine solche marktshreierische Reklame dafür, daß man nicht ohne Heiterkeitsausbrüche dieses Geschreibsel lesen kann. Man vergleiche nur die Tatsachen mit dem Geschrei dieser politischen Hampelmannen. Mit ihrem einberufenen „großen“ Volks- und Wählerversammlungen machen sie überall schmählich Fiasko. So in Duisburg z. B. und Aachen. Im letzteren Wahlkreis haben die S.-D. ihren großen genialen Strategen

Hartmann, bekannt durch die Niederlage auf Irote Erde, als Kandidat aufgestellt. Dieser ruft „große“ Wählerversammlungen ein, und der Erfolg? In Eilenburg erschien Hartmann, zwei Polizisten und vier Mann: in Stosberg etwa 150; ein Zentrumsmann fragte, ob freier Meinungsaustrausch stattfinden, die verneinende Antwort leerte den Saal bis auf zwölf Männer.

Und nun kommt das Blättchen des Herrn Ertelenz und richtet „Ein letztes Wort“ an seine 25 Tugend Leser und macht folgende Karnevaleskerze: „Wenige Tage nachdem diese Nummer in die Hände der Leser kommt, finden die Reichstagswahlen statt.“

Jetzt ist es Zeit, seinen Einfluß geltend zu machen. Jetzt, oder es sind weitere fünf Jahre nutzlos verloren!

Wir haben, soweit es im Rahmen eines Wochenblattes möglich war, versucht im politischen Trübel der letzten Wochen den Arbeitern eine klare Parole vorzuhalten:

**Waterland, Freiheit und Sozialreform!**

Nun ist es an euch ihr Wähler, ihr zwölf Millionen im Lande, nun habt ihr dafür zu sorgen, daß am 25. Jan. der Odem der Masse in Sturmwehen in Parlamentssäle und in die verstaubten Regierungskuben dringt.“

Ertelenz appelliert an die 12 Millionen deutsche Wähler im Lande; ist das nicht zweigleislerstatternd?

Ganz überflüssiger Weise fordert die Westd. Arb.-Post an anderer Stelle „alle Publikumer, Menschen, Schneider und Spitzbubenaktivi zu eifriger Mitarbeit“ an einer Fastnachtsnummer auf, die „alle Eifelwiesenkalaner und ähnliche wichtige Sachen in unseren närrischen Hospen, den Strategen Antona“ einzusenden haben. Das erübrigt sich, denn die Westd. Arb.-Post hat sich unter der jetzigen Redaktion schon so zu einer regelmäßig erscheinenden karnevaleskischen Zeitschrift entwickelt, deren beste Eigenchaft darin besteht, daß sie nur in die Hände einiger Leute kommt und deshalb größeres Unheil nicht anrichten kann.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Eine Lohnbewegung auf der Waggonfabrik Wombach in Mainz**

hat sich Ende des vorigen Jahres dort abgespielt und ist in ihrem ganzen Verlauf sehr lehrreich und interessant gewesen.

Vor Einreichung der Forderungen hat es den prozigen Führern des wten Metallarbeiterverbandes große Mühe gekostet, den „freien“ Schmiedeverband für den unsaubern Plan zu gewinnen, daß die Christlichen ausgeschlossen werden sollten. Schließlich ließen sich die „freien“ Schmiede jedoch von den Fanatikern des wten Metallarbeiterverbandes breitschlagen und jetzt glauben die Genossen, die Christlichen mit Stumpf und Stiel ausrotten zu können.

Doch sie hatten die Rechnung ohne den Wirt d. h. ohne uns und die Direktion der Firma gemacht. Wir reichten selbständig unsere Forderungen ein und als am 11. Dez. die Verhandlungen stattfanden, da waren die Vertreter unseres Verbandes ebenso gut eingeladen, und zugegen, wie die Kommission der Sozialdemokraten. Dem Obergewissen Pieler war das schrecklich fatal und unangenehm und in echt frecher Annahung verlangte er die Ausschließung der christlichen Arbeiter, indem er und ein Holzgenosse erklärten: „In Anwesenheit der Christlichen unterhandeln wir nicht.“ Als jedoch der Vertreter der Firma, Herr Direktor Dr. Castell als gerecht denklarte, die christlich organisierten hätten ebenfalls ihre Forderungen eingereicht, seien infolgedessen als gleichberechtigt zugezogen und die Firma, die keiner Organisation etwas in den Weg legen wolle, jetzt gar keinen Grund, nun die christliche Organisation auszuschließen, und wer daran Anstoß nehme, möge die Konsequenzen ziehen, da gaben die prozigen ruten Prahlhänse klein bei und jetzt konnten die Verhandlungen gemeinsam stattfinden. Das Ergebnis der Verhandlungen ist für beide Teile ein zufriedenstellendes und bedeutet mit einigen Abweichungen die Erfüllung der von uns gestellten Forderungen. Das Erreichte sei in folgendem kurz wieder gegeben:

Verkürzung der Arbeitszeit auf 57 1/2 Stunden wochentlich; Samstags um 4.50 Uhr und an den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten um 4 Uhr Arbeitschluss, ohne Lohnabzug. Die 57 1/2

stündliche Arbeitszeit wird als 60stündige betrachtet und berechnet. Anfangslohne für jugendliche Arbeiter von 14 Jahre ab 10 Pfg. pro Stunde; von 16 Jahre ab 12 Pfg. pro Stunde; von 17 Jahre ab 15 Pfg. pro Stunde; für nichtgelernte (Hülfsarbeiter) vom 21. Jahre 22 Pfg. pro Stunde; für gelernte Arbeiter vom 21. Jahre 34 Pfg. pro Stunde.

Der durchschnittliche wöchentliche Lohn ist von nun an für das folgende Kalenderjahr alljährlich nach Abschluß des 26. Verrechnungsjahrtages in der Weise festgesetzt, daß aus den gearbeiteten Lohnperioden der jeweilige, durchschnittliche Arbeitslohn pro Stunde berechnet und durch die gearbeiteten Lohnperioden der durchschnittliche Stundenverdienst ermittelt wird. Bei Aufstellung der durchschnittlichen Arbeitsverdienstes bleibt die Vergütung für Ueberstunden außer Betracht.

Der durchschnittliche Stundenlohn für das darauffolgende Kalenderjahr beträgt wenigstens 80 Pfg., des wie vorstehend berechnet verdienten Arbeitslohnes pro Stunde. Jedem Arbeiter wird sein Stundenlohn mitgeteilt.

Das Akkordsystem wird in folgender Weise geregelt: Jeder Akkord wird so bemessen, daß ein ausgeleerter vollwertiger Berufsarbeiter mindestens seinen festgesetzten Stundenlohn verdient. Sollten Akkorde bestehen, die dieser Grundtatsache noch nicht entsprechen, so werden dieselben auf Antrag einer Revision unterzogen. Der Akkord gilt als feststehend wenn er in der betreffenden Werkabteilung zum zweiten Male aufstandslos in Anrechnung gebracht worden ist. Er kann nur durch veränderte Arbeitsmethode verändert werden.

Bei dem ersten Akkord ist der Stundenlohn garantiert. Jeder Arbeiter einer Gruppe hat nach der Zeitlänge seiner Mitarbeit in dem Akkordüberschuss gleichmäßig Anteil. (Seitler stecken nur die Vorarbeiter diesen Ueberschuss ein).

Regelung der Lohnzahlung. Für Ueberstunden, wenn solche gemacht werden müssen, gibt es eine Vergütung von 15 Pfg. pro Stunde, Schmiede 20 Pfg. Die Firma wird auch ferner allen hygienischen Anforderungen Rechnung tragen. Es wird in direkter Wahl ein Arbeiterausschuß von 12 Personen gewählt. Demselben fällt insbesondere die Aufgabe zu, Wünsche der Arbeiter der Firma zu übermitteln. Für die Jahre 1907 und 1908 übernimmt die Firma die ganzen Beiträge zur Krankenkasse und Alters- und Invaliditätsversicherung. Die Abmachungen gelten auf 2 Jahre und wenn 2 Lohnzahltag vorher von keiner Seite gekündigt wird, immer 1 Jahr weiter.

Gegen seither bedeuten diese Abmachungen einen schönen Erfolg und liegt es jetzt an unsern Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Zahl der christlich organisierten stets größer wird und wir mindestens so stark werden, daß die Genossen von vornherein ohne uns nichts unternehmen können. Ein Vorbisdomnis soll hier noch kurz Erwähnung finden.

Als es während der Verhandlungen bei einem Punkt, betreffs der Anfangslohne, recht schwer gehen wollte bis eine Verständigung erzielt war, erklärten die Genossen ganz zahn und naiv, daß sie nicht auf ihren Forderungen bestehen wollten. Am 13. Dezember war von uns eine allgemeine Fabrikversammlung anberaumt, damit die Arbeiterschaft zu den Abmachungen Stellung nehmen und ihre Zustimmung geben sollten. Da war es nun köstlich anzusehen, wie Genosse Pieler und sein Freund von den Holzarbeitern bei Fabrikabschluss an dem Tore der Fabrik alle Hebel in Bewegung setzten, um die Arbeiterschaft von dem Versammlungsbefuch abzuhalten, und nicht genug damit, bis an den Saal kamen sie und steckten außen an den Fenstern ihre Nase dazwischen, um zu hören, was drinnen vorging. Obwohl die Versammlung öffentlich war, hatten sie nicht den Mut, hineinzugehen, warum? man sie werden es am besten wissen, aber ihnen dürfte es auch klar geworden sein, daß die christliche Organisation trotz aller Gegner immer mehr vorwärts geht.

Und nun Kollegen von Mainz! Ihr habt hier wieder gesehen, wer eure Interessen am besten vertritt und deshalb soll es fortan heißen: Weg der christliche Metallarbeiterverband.

**Zur Lohnbewegung auf der Schiffswerft und Maschinenfabrik in Papenburg**

Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen auf der Schiffswerft und Maschinenfabrik von J. Meier erreicht. Schon lange war von den dortigen Arbeitern der Wunsch nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse laut geworden. Über Organisationsverhältnisse lagen noch sehr im Unklaren. Die Mehrzahl der Kollegen war von der Unmöglichkeit einer starken Berufsorganisation nicht

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 27. Januar der fünfte Wochen-Beitrag d. J. für die Zeit vom 27. Januar bis 3. Febr. 1907 fällig.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich sofort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Ortsgruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungsberechtigt ist.

Die Ortsgruppen Köln-Deutz und Köln-Ehrenfeld erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Das Mitgliedsbuch Nr. 26782 ist in der Ortsgruppe Hagen in Westf. verloren gegangen. Dasselbe berechtigt nicht mehr zum Empfang von Unterstützungen und ist an die Zentrale einzusenden, wenn es auftauchen sollte.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Menden.** Am 6. Januar fand im Lokale des Herrn Schüring unsere diesjährige General-Versammlung statt. Als der geschäftliche Teil erledigt war, hielt Kollege Baldes aus Bochum einen Vortrag über das Thema: Die nächsten Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Im 1. Teile behandelte er vor allem die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, wie diese zum Unterschiede von den sozialdemokratischen Gewerkschaften keiner Partei angehören und nur ihre Aufgabe in der Hebung der materiellen Lage und in der Schulung der Arbeiter bestände. Des ferneren betonte Redner, daß die christlichen Gewerkschaften dieses nur auf christlichem und geistlich stehendem Boden erreichen wollten, hierbei aber auch vor einem Kampf, wenn er notwendig sei, nicht zurückzureden. Die freien Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes ständen, sorgten in erster Linie für Hebung der sozialdemokratischen Partei. Die christlichen Gewerkschaften seien den Scharmachern auch viel verhasster wie die freien, wie der Geheimrat Kirdorf im vorigen Jahre auch offen erklärt hatte. Im zweiten Teile seines Vortrages schilderte Redner die Aufgaben der Ortsgruppen, im weiteren Verlauf die Aufgaben der Mitglieder. Auf den Vortrag folgte eine sehr lebhaft diskussion. Ein Kollege wies besonders darauf hin, daß Geheimrat Kirdorf auch in Menden Schule machte, er erwähnte einen Fall, der kürzlich hier im Baugewerbe passiert sei, woran dieses deutlich zu sehen ist.

In seinem Schlusswort wies Kollege Baldes nochmals kurz darauf hin, daß die Mitglieder das Gehörte beherzigen sollten. Hierauf erstattete Koll. Hamer einen übersichtlichen Jahresbericht. Aus diesem geht hervor, daß im Jahre 1906 zwei öffentliche Versammlungen und 12 Mitglieder-Versammlungen mit Referaten stattgefunden hätten, ferner 2 Werkstattbesprechungen, 12 Vertrauensmänner-Versammlungen und 37 Vorstandssitzungen. Koll. Hamer ermahnte die Kollegen, sich an der Tätigkeit des Vorstandes und der Vertrauensmänner ein Beispiel zu nehmen und auch ihrerseits recht eifrig zu agitieren, vor allem aber die monatlichen Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Dieselbe wurde mit Ausnahme der Wahl des Vorsitzenden per Akklamation getätigt. Koll. Hamer hat, an seine Stelle einen anderen zum Vorsitzenden zu wählen. Koll. Hamer wurde aber mit allen gegen zwei Stimmen wiedergewählt und nahm die Wahl mit der Bedingung an, daß jedes einzelne Mitglied ihn kräftig in der Agitation unterstützen müsse. Als 2. Vorsitzender und Kassierer wurde Kollege S. Kortmann, Thurmstraße gewählt, als 1. Schriftführer Koll. W. Brieder, als 2. Koll. Ar. als Revisoren die Koll. Jork und F. Bödelmann. Sämtliche nahmen die Wahl an. Als Bibliothekar wurde Koll. F. Schulte, als Kartell-Delegierte die Kollegen Hamer, Schulte und König wiedergewählt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen zur eifrigen Tätigkeit ermuntert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Kohlheid.** Daß auch unsere hiesigen Mitglieder in der Opferwilligkeit nicht zurückbleiben wollen, hat der mit erdrückender Mehrheit am 23. Dez. v. J. gefasste Beschluß gezeigt, einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. wöchentlich zu erheben, welche und tugendliche Arbeiter die Hälfte davon wird der dringende Wunsch der Generalversammlung in Menden erfüllt und unsere Lokalfarbe auch in den Stand gesetzt, mehr wie bisher für eine energische Agitation zu verwenden. An unsere Mitglieder wird nun der Appell gerichtet, dem

### Eine neue Niederlage

hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Berlin seinen früheren angelehnt. Ueber den Verlauf des Kampfes und sein Ende schreibt das Reich: Der Streik der Rüstwerke in Oberschöneweide ist als verloren für die Arbeiter am 11. Januar beendet worden. Er hat den Arbeitern, weil er gerade die Feiertage — Weihnachten und Neujahr — durch währte, schwere Opfer auferlegt, welche die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Beteiligten sparen konnte, Aber eine Leistung, welche den Mut hatte, einen Streik, der von vornherein aussichtslos ist, niederzuhalten, gibt es im roten Metallarbeiterverband nicht. Die, welche sich in jenem Lager Führer nennen, sind in Wirklichkeit die von der Masse geschobenen. Wäre es anders, dann hätte der Streik unter allen Umständen verboten werden müssen. Dies geschah nicht. Wegen eines angeblich zu niedrigen Akkordtages verzweigten die Former die Arbeit, und dann perrte die Firma die anderen Arbeiter, soweit es ihr zweckmäßig schien, aus. Die Arbeiter, welche die Firma zur Montierung der bereits vorgearbeiteten Arbeiten verwenden konnte wurden nicht ausgeperrt. Unter diesen befanden sich eine ganz erhebliche Zahl roter Verbandsmitglieder. Mit Hilfe dieser in Arbeit gebliebenen war es der Firma ein leichtes, den Streik zu unterdrücken. Die am Streik bezw. an der Aussperrung Beteiligten sahen dies ein und verlangten, daß der Metallarbeiterverband auch diese Leute aus dem Betriebe ziehe. Die Verbandsleitung lehnte dies jedoch mit allerlei Wenn und Aber ab. Nur der Umstand, daß die Verantwortlichen — wenn man überhaupt von solchen reden kann — einsehen, daß der Streik verloren ging, läßt dies Verhalten erklären.

Wie man die Stimmung bei der Verbandsleitung über den Streik war, geht daraus hervor, daß der Beamte Jakobien die Mitglieder an die Krankenkasse verwies. Nur Feigheit vor der, vorher mit hohlen und lügnerrischen Machtsprüchen benebelten Masse, seitens der sich Führer nennenden, war es, daß man es überhaupt zum Streik und dann zur Aussperrung kommen ließ. Der große sozialdemokratische Metallarbeiterverband wird in Berlin, wo er ein Fünftel seiner gesamten Mitglieder hat, geradezu zur gewerkschaftlichen Spottgeburt. Er hat 60000 Mitglieder, diese inzentieren Streiks, es antworten dann die Unternehmer mit Aussperrungen, die 20 Berliner Metallarbeiterverbandsbeamten laufen in den Versammlungen herum, schwören den Arbeitern nach dem Munde, zahlen die Streikunterstützungen aus, und damit ist ihre „führende“ Tätigkeit erschöpft. Haben die Unternehmer auf diese Art einen kräftigen Widerstand an der Verbandstafel abköpfen, und finden sie es als in ihrem Interesse liegend, daß die Betriebe wieder geöffnet werden, dann ist der Metallarbeiterverband selbstverständlich — des Zahlens müde — einverstanden. Er proklamiert einen ungünstig verlaufenen Streik womöglich noch als einen Sieg für die Arbeiter.

Noch alle seit dem Jahre 1903 in Berlin stattgefundenen größeren Bewegungen sind auf diese Art entstanden, seitens der Unternehmer beantwortet und im allgemeinen beendet worden. Wenn irgendwo, dann tritt in Berlin mit aller Deutlichkeit die Gefährlichkeit des Klassenkampfes für die Arbeiter in Erscheinung. Alle großen Streiks gehen für die Arbeiter verloren. Unter diesen Umständen ist es dann erklärlich, daß gerade in Berlin, wo der Klassenkampf als äußerstes Extrem angewandt, mit Niederlage auf Niederlage für die Arbeiter endet, eine Bewegung entsteht, die den Streik verwirft. Beide Extreme sind falsch. Will die Arbeiterchaft erfolgreich arbeiten, so kann dies nur dann geschehen, wenn sie sich auf dem Boden christlich-nationaler Arbeiterbewegung stellt. Diese Richtung vertritt den Klassenkampf entschieden, betont die Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern, sie sucht durch friedliche Verhandlungen alle entzweiten Differenzpunkte zwischen den Produktionsfaktoren — Kapital und Arbeit — zu regeln. Erwachen sich alle Friedensbemühungen also erfolglos und ist die Geschäftslage günstig, dann verzähmt diese Richtung auch den Streik als Notwehrmittel nicht. Der Streik in solchen Fällen angewandt, wird in den meisten Fällen — falls es sich um berechnete Arbeiterforderungen handelt — zum Nutzen der Arbeiter auslaufen. Den Streik überhaupt verwenden, heißt nichts anderes als jeden ernstlichen Versuch, die Arbeiterforderungen überhaupt durchzubringen, aufzugeben. Wenn der Ausgang des Rüststreik die roten Arbeiter zu vernünftigen Handeln veranlaßte, wäre er wenigstens nicht ganz vergebens gewesen.

Die Schwarzwälder Uhrmacher stehen in einer Lohnbewegung.

Zuzug ist zu enthalten.

zu überzeugen, bis endlich einige Versammlungen, in denen unser Bezirksleiter, Kollege Wallbaum, aus Bielefeld und Kollege Albert Schmidt referierten, fast alle Arbeiter dem Verbandsführer.

Nun konnte eine Lohnbewegung vorbereitet werden. In einer stark besuchten Fabrikversammlung wurde beschlossen, der Firma folgende Wünsche der Arbeiter vorzulegen:

An die Firma F. L. Meyer  
Schiffswerft und Maschinenfabrik  
Bapenburg.

Die in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter beauftragten den unterzeichneten Arbeiter-Ausschuß, Ihnen folgende Wünsche mit der Bitte zu unterbreiten, dieselben einer wohlwollenden Prüfung und Berücksichtigung zu unterziehen.

1. Einführung der 10stündigen Arbeitszeit und zwar von 6 1/2 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, abzüglich einer Frühstücks- und Vesperpause von je 1/4 Stunde, und einer Mittagspause von 1 Stunde;
2. Eine Erhöhung von 15 Prozent auf alle Stundenlöhne und Akkordsätze;
3. Vergütung der Ueberstunden bis 8 Uhr abends mit 5 Pfg. und jedes weitere Ueberarbeiten mit 10 Pfg. pro Stunde;
4. Bei Übernahme von Akkordarbeiten sind den Arbeitern die Preisätze vorher mitzuteilen, nach Fertigstellung des Akkordes ist derselbe bei der nächsten Lohnzahlung zu verrechnen. Der vereinbarte Stundenlohn wird auch bei Akkordarbeit garantiert und ausbezahlt;
5. Sind in der Gießerei größere Teile zu gießen, so ist diese Arbeit möglichst vor Arbeitsbeginn vorzunehmen, da sonst nach Feierabend bei eintreffender Gefahr keine Hilfe zur Stelle ist;
6. Ein dringendes Bedürfnis ist es, genügende Wascheinrichtungen im Betriebe anzulegen und für eine vorchriftsmäßige Abortanlage Sorge zu tragen.

Zur Begründung vorstehender Wünsche führen wir an, daß die sehr weit entfernt liegenden Wohnplätze der Arbeiter eine Verfüzung der Arbeitszeit dringend notwendig erscheinen lassen. Auch in der 10 Stundentag bereits allgemein auf ähnlichen Betrieben eingeführt. Selbst die weitere Verfüzung auf 9 1/2 Stunden, auf 9 Stunden, macht in vielen Orten Deutschlands weitere Fortschritte, ohne eine Schädigung unserer heimischen Industrie herbeizuführen.

Unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren eminent gestiegenen Lebensmittel ist eine Erhöhung der Löhne, wie gefordert, wohl berechtigt; soll nicht eine Unterernährung und damit eine verminderte Leistungsfähigkeit des Arbeiterstandes Platz greifen. Die übrigen noch angeführten Wünsche in betriebstechnischer und gesundheitlicher Hinsicht halten wir im Interesse des Werkes und der Gesundheit der Arbeiter als durchaus notwendig und durchführbar.

Indem wir betonen, daß wir jederzeit eine friedliche Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wünschen und dementsprechend zu Verhandlungen über obige Wünsche bereit sind, bitten wir, dieselben eingehend zu prüfen und gest. Antwort bis zum 2. Dez. d. J. an den Arbeiterausschuß z. B. des Herrn A. Schmidt, Kuhweg 16, gelangen zu lassen.

Hochachtungsvoll  
Die Arbeiter der Firma F. L. Meyer.  
F. A. Der Arbeiterausschuß.

Die Firma lehnte es ab, mit den Vertretern der Organisationen, Kollegen Wallbaum und Böhmcke vom christl. Holzarbeiterverband zu verhandeln. Nach mehrmaligem Verhören mit dem Arbeiterausschuß hat die Firma am letzten Sonnabend folgende Zugeständnisse gemacht: 1. Am 1. September wird die 10stündige Arbeitszeit eingeführt. Bisher wird 10 1/2 Stunde gearbeitet. 2. Eine Lohnzulage von 20 Pfg. pro Tag für alle Arbeiter, welche ein Jahr bei der Firma beschäftigt sind. 3. Eine Vergütung der Ueberstunden bis 8 Uhr abends mit 5 Pfg. und jedes weitere Ueberarbeiten mit 10 Pfg. pro Stunde. Punkt 4, 5 und 6 wurden ebenfalls bewilligt. Mit diesem Entgegenkommen erklärten sich die Kollegen zufrieden.

Somit hat auch hier der christliche Metallarbeiterverband ohne Streik erhebliche Vorteile seinen Mitgliedern errungen. Aber auch der Verband hat durch diese Bewegung einen guten Schritt vorwärts getan. Viele Kollegen ließen sich in anderer Organisation aufnehmen und es ist zu hoffen, daß die unorganisierten Kollegen der anderen dem Beispiel ihrer Kollegen von F. L. Meyer folgen und sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen werden. Denn hier haben die Arbeiter Bapenburgs ein praktisches Beispiel vom Nutzen der Organisation vor Augen.

Beschluß fern und freudig nachzukommen; es aber nicht damit allein bewenden zu lassen, sondern auch alle ohne Ausnahmen für Gewinnung neuer Mitglieder zu sorgen. Noch so viele Indifferente gibt es hier, die ihrer Verpflichtung nach zu unserem Verband gehören, die aber aufgerüttelt werden müssen. Gehen wir einmal mit gutem Willen und Feuer eifer an die Arbeit, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Am Schluß dieses Jahres muß sich unsere Mitgliederzahl verdoppelt haben. Darum, Kollegen, seid unermüdetlich in der Kleinarbeit!

**Wiemeringhausen.** Auch in unserer Gegend geht die christl. Gewerkschaftsbewegung vorwärts. Am Sonntag den 30. Dezember hielt die Ortsverwaltung Nisberg hier in Wiemeringhausen eine Versammlung ab, um auch hier den christlichen Metallarbeiter-Verband einzuführen. Als Referent war Kollege Nieseheuer aus Neheim erschienen, der in längerem Vortrag die christliche Arbeiterbewegung behandelte. Er führte aus, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich zu organisieren und es könnten für die christlichen Arbeiter nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen. Nach dem vorzüglichen Referat ließen sich 15 Kollegen aufnehmen, welche der Ortsverwaltung Nisberg vorläufig angeschlossen sind.

Nun ihr Kollegen von Wiemeringhausen, zeigt daß ihr die Wichtigkeit und den Nutzen der Organisation erkannt habt! Schließt euch alle dem christlichen Metallarbeiterverband an und auch für euch wird dann die Morgenröte einer besseren Zukunft anbrechen. S. B.

**Frankfurt a. M.** Unser Verband konnte bisher am hiesigen Ort nur mühsam vorwärts kommen. In letzter Zeit ist ein regeres Leben und eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder zu konstatieren. Das muß auf uns so weiter anhalten. Am 27. d. M. haben wir die diesjährige General-Versammlung, die für die Weiterentwicklung unserer Zahlstelle von großer Wichtigkeit sein wird. Hoffentlich werden unsere Mitglieder vollzählig erscheinen und einmütig den Beschluß eines Lokalbeitrages die Mittel zu einer intensiven Weiterorganisation bereitstellen. Was andere Ortsgruppen leisten können, wird auch den christlichen Metallarbeitern Frankfurts möglich sein. Deshalb werte Kollegen, auf zur Generalversammlung, zeigt Euch opferwillig und seid unermüdetlich als Agitatoren zur Werbung neuer Mitglieder, damit unsere Ortsgruppe im laufende Jahre einmal auf die Höhe der Zeit kommt.

**Oberhausen bei Augsburg.** Der Anreißung unseres letzten Verbandstages in Aachen gemäß haben wir in unserer am 5. Januar stattgefundenen Generalversammlung beschlossen, unsere Zahlstelle mit der Ortsgruppe Augsburg zu vereinen. Die benachbarte Zahlstelle Lechhausen hatte dieses schon früher gemacht und so ist hier die erwünschte Zentralisation durchgeführt. Hoffentlich werden sich nun auch die guten Folgen der Zusammenlegung zeigen. Die Verwaltung ist vereinfacht und die Kräfte sind mehr konzentriert, so daß eine einheitlichere Agitation betrieben werden kann. Alle Kollegen, ohne Ausnahme, müssen sich nun aber auch verpflichtet fühlen, energisch mitzuarbeiten, um trotz der vielen roten und gelben Gegner unsere Sache vorwärts zu bringen. Mehr wie in irgend einer anderen Stadt unseres Vaterlandes sind wir hier auf uns ganz allein angewiesen, denn die kath. Arbeitervereine sind derartig von dem gelben Fieber durchseucht, daß sie uns mehr als Gegner denn als Freunde oder Förderer gegenüber stehen.

Darum: Kollegen von Oberhausen, Augsburg und Umgebung! selbst ist der Mann und wir wollen im kommenden Jahre alles daran setzen, unsern Verband vorwärts zu bringen.

**Oberschlesien.** Durch unser Organ müssen wir einmal einige ernste Worte und eine eindringliche Mahnung an unsere Kollegen richten. Es betrifft den Versammlungsbefuch, der viel zu wünschen übrig läßt. Bei den in letzter Zeit stattgefundenen Versammlungen ist dieses so traurig in die Erscheinung getreten, sowohl in Kattowitz wie in Gleiwitz. Diese bedauerliche Gleichgültigkeit der Kollegen hat die Zahlstelle Gleiwitz veranlaßt, den Beschluß zu fassen, daß jedes Vorstandsmitglied, welches ohne Grund in der Versammlung fehlt, 10 Pfennig und jedes andere Mitglied 5 Pf. Strafe in den Lokalfonds zu bezahlen hat. (Ob dieses das richtige Mittel zur Erzielung eines besseren Versammlungsbefuches ist, dürfte aber sehr zweifelhaft sein. S. H.)

In beiden Versammlungen, Kattowitz und Gleiwitz, hielt Kollege Buschke einen Vortrag über das

Krankenversicherungsgesetz. Er wies am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß nur eine gut organisierte Arbeiterchaft den vollen Nutzen, der Weiterentwicklungsgesetzgebung genießen könne. Deshalb erhielt in Gleiwitz auch das Versprechen, daß ein jedes Mitglied mindestens einen Kollegen alle 14 Tage für den Verband gewinnen und auch in die Versammlung mitbringen wolle. Man solle sich mal ernstlich sagen, man wolle dieses, dann gehe es auch sicher. Daß es den Kollegen mit dem Versprechen ernst ist, bewies die Tatsache, daß am selben Tage noch verschiedene Neu-Aufnahmen überbracht wurden. Hoffentlich werden die Kollegen nun auch so weiter arbeiten und ihr Versprechen einlösen. Denn sonst haben solche Versprechungen keinen praktischen Wert.

Kollegen Oberschlesiens! Nehmt das Beispiel der Gleiwitzer alle nach, geht jetzt einmal mit Feuereifer an die Arbeit. Es muß euch endlich zum Bewußtsein kommen, daß man noch lange kein vollständiger Gewerkschaftler ist, wenn man einem Verbandsangehörigen, sondern erst dann, wenn man auch die Pflichten eines solchen erfüllt. Das geschieht damit, daß man sich möglichst schult, und das nötige Wissen aneignet, dieses Wissen aber auch den weniger geschulten Mitarbeitern zugänglich macht. Weiter, keine Versammlung versäumen und Unorganisierte in die Mitglieder-Versammlungen mitbringen, um sie dadurch auch für den Verband zu gewinnen. Es ist doch nicht so schwer, wenn die Mitglieder nur etwas Opfermut haben nebst dem nötigen guten und festen Willen. Die Parole müsse sein: in jeder Versammlung ein neues Mitglied, das wären in einem Jahre das 52 Wochen hat, in welchem also 26 Versammlungen stattfinden, auch 26 neue Mitglieder. Sage niemand, das ginge nicht, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, nur mutig vorwärts und die Zukunft wird uns gehören.

**Ratingen.** In unserer General-Versammlung am 6. Januar wurde als ständiges Verbandslokal das Lokal des Herrn Peter Krier (Im Hirsch), Düsseldorfstraße, einstimmig gewählt. Unser bisheriger Lokalwirt, Herr Honard, stellt an uns das Ansuchen, mit den Sozialdemokraten abwechselnd Versammlungen unter einem Dache abzuhalten. Diese Zuminutung wurde durch einmütige Wahl für das Lokal des Herrn Krier gebührend zurückgewiesen. Wir bitten die Kollegen an dieser Stelle, den neuen Vereinswirt auch sonst zu berücksichtigen. Beim Punkt Vorstandswahl erklärte der Vorsitzende, daß es den Anschein gewinnt, als ob der jetzige Vorstand nicht so im vergangenen Jahre gearbeitet hätte, wie es das Interesse des Verbandes erheischt und schlägt deshalb vor, den ganzen Vorstand durch eine vollständige Neuwahl zu ersetzen. Vielleicht würde es dann möglich werden, daß unsere Zahlstelle hier in Ratingen in Zukunft die Stelle sich erringt, die ihr gebührt.

Es wurden hierauf gewählt: Gottfried Semmler 1., Gustav Sellbeck 2. Vorsitzender; Schriftführer Robert Stephan, Kassierer Joh. Elbes; Beisitzer: Franz Niemann, Heinrich Düllberg. Unsere regelmäßigen Versammlungen finden statt: Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, im Hirsch. Die bisherigen Vertrauensmänner mit einer Ausnahme nahmen bereitwilligst das Opfer im Interesse des Verbandes wieder an.

Des ferneren machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß am Sonntag den 27. Januar (Kaisersgeburtstag) unsere Zahlstelle eine Festlichkeit abhält in unserem Verbandslokal. Jedenfalls erscheinen dann die Kollegen vollzähliger als in den Versammlungen.

Nun noch einige ernste Worte an unsere Kollegen. Ein wetterfester treuer Gewerkschaftler macht es sich zur Ehrenpflicht, keine einzige Versammlung zu versäumen. Aber wie sieht es hier aus? Ein treuer aber kleiner Stamm von Kollegen erscheint in jeder Versammlung. Doch der weitaus größte Teil glänzt durch Abwesenheit. Das entmutigt den Vorstand und gibt der ganzen Zahlstelle das Gepräge der Gleichgültigkeit. Ein frischer Zug muß durch unsere Reihen gehen, die Versammlungen müssen sich selbst imposant gestalten, durch die verschiedenen Anregungen, die von den Kollegen ausgehen. Ernste Zeiten stehen uns bevor, und der nur kann einer Krisis gewappnet entgegentreten, der auch voll und ganz seinen Mann stellen kann. Aber dieses ist bei ungeschulten Kollegen unmöglich, die sich in den Versammlungen keine Kenntnisse angeeignet haben. Unser bester Lehrer, das Verbandsorgan, wird noch von vielen ungelesen beiseite gelegt, und so kommt es oft vor, daß

vielen Mitgliedern wichtige Beschlüsse unbekannt bleiben, und bei dem geringsten Sturm fallen sie an wie dürres Laub.

Es ist gewiß hochwürdig hier in Ratingen, da eine gewerkschaftliche Aktion einsetzt, haben wir hier sogar noch Löhne für gelernte Arbeiter, die unter 4 Mk. stehen. Der größte Teil der Arbeiter läuft plan- und ziellos unher, stört sich an keine Gewerkschaft und sucht im Vergnügungsrummel sein Heil.

Darum Kollegen, fassen wir den Vorsatz, von heute ab ein tüchtiger Gewerkschaftler zu werden, keine Versammlungen zu schwänzen, um mit aller Energie zu arbeiten für neue Kämpfer und Anhänger des christlichen Metallarbeiterverbandes.

**Annen.** Unsere erste gut besuchte General-Versammlung im neuen Jahre fand am 5. Januar statt. Einleitend ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, wie im vergangenen so auch in diesem Jahre dahin zu streben, unsere Ortsgruppe immer mehr auszubauen. Vor allen Dingen dürfte die Werbestraße, für unseren Verband immer neue Mitglieder zu gewinnen, bei keinem Kollegen erlahmen. Jeder müsse unbedingt dahin arbeiten, daß wir schon am Schlusse des 1. Quartals die doppelte Anzahl Mitglieder hätten. Daß dieses recht gut möglich wäre, sei daraus zu ersehen, daß von den über 1000 hier beschäftigten Metallarbeitern kaum der dritte Teil organisiert sei. Ferner müsse es sich aber ein Jeder zur Pflicht machen, die Versammlungen eifriger zu besuchen, sowie auch die Beiträge pünktlicher zu bezahlen. Besonders betreffend des Versammlungsbefuches führte der Vorsitzende aus, daß es leider eine Tatsache sei, daß die Kollegen, welche selten die Versammlungen besuchen, auch kein Interesse daran hätten, durch Gewinnung neuer Kollegen die Stützkräfte unserer Bewegung zu verstärken. Die Kollegen seien auch nicht in der Lage, Unorganisierte für unsere hohen Aufgaben zu begeistern, da man ebenso selten, wie man die Versammlung besuche, auch das Verbandsorgan zu studiere, um sich das notwendige Wissen anzueignen.

Die jodann getätigte Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. und 2. Vorsitzender Meß, Joh. Benzlat, 1. Kassierer Schrebe, 2. Bagel, 1. Schriftführer Schwab, 2. Delowshy, 1. Beisitzer Markert I und H. Krambs. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Als Kassierrevisoren pro 1907 wurden die Kollegen Beckesser und Schütte gewählt, als Kartelldelegierte Markert I und Kappius. Ein Antrag, dem Kassierer für seine Tätigkeit in Zukunft pro Jahr 10 Mark zu vergüten, wurde einstimmig angenommen. Der Betrag muß durch Extrabeitrag geleistet werden. Der Vorsitzende ersuchte die Vorstandsmitglieder noch besonders, den übrigen Kollegen stets ein Vorbild in treuer Pflichterfüllung zu sein und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Nun Kollegen, Metallarbeiter von Annen, beherzigt die Worte unseres Kollegen A. Sorgen wir dafür, daß alle Wünsche, die er heute in bezug auf unsere Gruppe geäußert, recht bald in Erfüllung gehen. Geht es auf der ganzen Linie vorwärts, wir wollen nicht zurückstehen. Zeigt den übrigen Kollegen im Verbands, daß auch in Annen noch viel Eifer für den christlichen Metallarbeiter-Verband herrscht. Darum weckt die Unorganisierten, laßt sie nicht in ihrer Gleichgültigkeit weiter leben. Arbeitet solange, bis auch der letzte Metallarbeiter von Annen der Organisation zugeführt ist. Vorwärts immer, rüchwärts nimmer! das sei unsere Parole auch für das Jahr 1907.

**M.-Glabbad.** Die erste Mitglieder-Versammlung in diesem Jahre fand am 13. Jan. statt und war gut besucht. Kollege Alex teilte zunächst das Resultat der getätigten Gewerbegerichtswahl mit, wonach die christliche Liste trotz der Verhältnismäßigkeiten den vollen Sieg davongetragen habe. Sodann besprach er die mit 1907 in Kraft getretene Erwerbslosenunterstützung. Er ermahnte die Kollegen an ihre Pflichten, welche dieselben zu erfüllen hätten bezüglich einer Erwerbslosigkeit. Daß die Erwerbslosenunterstützung für die einzelnen Kollegen sowie deren Familie von großem Vorteile sei, sehe heute jeder Kollege ein. Ebenso müßten aber auch die Kollegen einsehen, daß es notwendig ist, dafür einzutreten und zu sorgen, daß wir hier, wo die Unterstützung erst mit der 3. Woche beginnt, einspringen können. Daron ausgehend, begründete er die Einführung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. wöchentlich. Der allseitige Beifall zeigte schon, daß die Kollegen hin

Zu der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Einführung eines Lokaltages aus. Um allen Kollegen die Gelegenheit zu bieten, ihre Stimme für abzugeben, wurde von der Beschlussfassung in jeder Versammlung Abstand genommen und zurückgestellt bis zur Generalversammlung. Diese findet am Sonntag, den 3. Februar im Verkehrslokale bei Herrn Wülbecke. Es wird nun erwartet, daß in dieser Versammlung kein Kollege fehlt, da dann ein abgültiger Beschluß gefaßt wird.

Nachmals forderte Kollege Arey die Kollegen auf, Opfer zu bringen für unsere Bewegung; persönliche und materielle Opfer müssen gebracht werden, denn ohne Opfer kein Sieg. Um aber zu zeigen, daß wir auch gewillt sind, persönliche Opfer zu bringen, soll und muß ein jeder eintreten in die Agitation. Drum, ihr christlichen Metallarbeiter von Gladbach und Umgegend, auf zur Arbeit zum Nutzen unserer Mitglieder und zur Ehre unseres Verbandes.

**Dinklage.** Trotz aller Schwierigkeiten mit Hindernisse, darunter die Gleichgültigkeit der Arbeiter das größte und schlimmste Uebel ist, geht es aber doch allmählich auch mit unserer Zahlstelle vorwärts. Unter diesem Eindruck stand unsere diesjährige, am 12. Januar stattgefundene Generalversammlung. Der Vorsitzende mußte beim Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe ganz besonders den lauen Versammlungsbesuch rügen. Er sprach die dringende Erwartung aus, daß hierzu jetzt eine Besserung eintreten möge. Der Stand der Mitgliederzahl habe sich in folgender Weise entwickelt: Am 1. Januar 1906 waren 27 Mitglieder vorhanden; im Laufe des Jahres neu aufgenommen 93, zugereist 2, zusammen 122. Ausgetreten und abgereist zusammen 29, so daß wir am Jahresanfang 1907 93 Mitglieder in unserer Ortsgruppe vereinigt haben. Dem Geschäftsbericht des Kassierers ist folgendes zu entnehmen: Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug vom 1. Januar 1906 bis 1. Jan. 1907 1985,50 Mk., Ausgabe 716,50 Mk., an die Hauptkasse gelangt 1269,00 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug im gleichen Zeitraum, einschließlich Kassenbestand am 1. Januar 1906 519,48 Mk., Ausgabe 237,90 Mk. Bestand der Lokalkasse am 1. Januar 1907 281,58 Mk. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Kassierer ermahnte die Kollegen, die Beiträge pünktlicher zu bezahlen, wie dies bis jetzt der Fall gewesen, und den alten Schenkendian im neuen Jahre abzuliegen.

Die Neuwahl des Vorstandes zeitigte folgenden Resultat: Zum 1. Vorsitzenden wurde wiedergewählt Johannes Krone, zum 2. Hermann Heitzmann, zum 1. Kassierer Jos. Kallwelage, zum 2. B. Horn, zum 1. Schriftführer Gerh. Sanders, zum 2. Bernh. Schulte. Zu Vertrauensmännern wurden wiedergewählt: Herr Kathmann, v. Handrup, Franz Krollers, B. Bahle, Heim. Taphorn, neugewählt wurden: B. Wille, and Bernhard Überwässer. Zu Revisoren wurden wiedergewählt Wihl. Zilm und Herrn. Kathmann. Zum Delegierten für die Zahlstelle wurde gewählt: Jos. Krone, Herr. Heitzmann, Jos. Kallwelage. Zu Delegierten für das Ortskartell wurden gewählt: Jos. Krone, Herr. Heitzmann, Jos. Kallwelage und Wihl. Zilm. Jetzt rüht an die Arbeit, Kollegen von Dinklage! Jeder muß mitarbeiten, insbesondere als Agitator, damit wir im laufenden Jahre unsere Zahl bedeutend vermehren.

**Reuningen - Wizingen.** Erentlicherweise ist es hier endlich gelungen, die Arbeiter des oberen Mitteltes unserem Verbands anzuschließen. Mit etwa 150 Mitgliedern konnten die Zahlstellen am 25. November vorigen Jahres gegründet werden. Fast sämtliche Arbeiter des Metallwaren-Gebietes S. und R. Fischer sind jetzt in unserem Verbands organisiert. Glaubt man jedoch damit die Einigkeit und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter im Wachsen, so sind auch von unheimlicher Elemente an der Arbeit, die Organisation wieder auseinander zu sprengen. Aber die Arbeiter sehen ein, daß diese Leute nur Gegner und Feinde der Arbeiter sind und für wegen den Forderungen dieser Wären haben nicht. Bei den Kollegen ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß es kein anderes Mittel zur Besserung unserer Verhältnisse gibt, als die gewerkschaftliche Organisation. Der Gegner aber möchte wir anrufen, ihr unheimliches Handwerk einzustellen, denn damit zeigen wir eben die Niedrigkeit ihres Charakters und ihrer

den sich selbst und der gesamten Arbeiterschaft ins eigene Fleisch. An die Mitglieder der Zahlstellen Reuningen-Wizingen-Witzpödingen ergeht die Mahnung, sich von keiner Seite beirren und verheizen zu lassen. Treu und fest wollen wir zusammenhalten und auf dem betretenen Wege weitergehen. Sorgen wir für Aufklärung und dann werden wir alle Schwierigkeiten leicht überwinden und die noch fernstehenden Kollegen ebenfalls für uns gewinnen.

**Literarisches.**

**Gewerbliches Einigungswejen in England und Schottland.** Bericht der Studienkommission der Gesellschaft für soziale Reform. Verfaßt von Dr. Waldemar Zimmermann, Redakteur der Sozialen Praxis. Heft 22 der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform. Verlag von Gustav Fischer, Jena. 112 Seiten. 70 Pfennig.

Bekanntlich hatte die Gesellschaft für soziale Reform, veranlaßt durch die übermäßige Verschärfung der gewerblichen Arbeitskämpfe in Deutschland und durch den Wunsch, dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegenzuwirken, im Frühjahr 1906 eine aus 2 Nationalisöfomen und 8 Gewerkschaftsführern bestehende Kommission auf einen Monat nach Großbritannien entsandt, um die dort erfolgreich arbeitenden Methoden zur Verhütung und Schlichtung von Arbeitskämpfen, besonders in den drei wichtigsten Gewerben, dem Kohlenbergbau, der Eisenerzeugung und -Verarbeitung, sowie der Textilindustrie zu studieren. Das Ergebnis dieser Beobachtungen und des Studiums der umfassenden englischen Veröffentlichungen zur Frage der „Konkiliation und Arbitration“ liegt nunmehr in systematischer Bearbeitung vor. Die Schrift soll in den weiteren Kreisen Interesse und Verständnis für die wichtige Frage wecken helfen: „Wie können sich die Unternehmer der Gewerbeindustrie, mit den Arbeiterorganisationen friedlich über Lohn- und Arbeitsfragen auseinandersetzen?“

**Briefkasten.**

Nach Schwelm. Gewiß können zum Einleben der Wochenbeitragsmatten auch die freien Felder, welche für Lokal- oder Reservfonds in den Mitgliedsbüchern vorgesehen sind, benutzt werden. Das Material gut auszunutzen ist auch Geld gespart.

**Sterbetafel.**

**Lampertheim.** Am 12. Jan. starb unser Kollege August Borpenhagen im Alter von 27 Jahren. — Am 15. Jan. der Kollege Jakob Bienefeld im Alter von 38 Jahren infolge eines Unfalles. **Gilendorf.** Unser Kollege Carl Kreuzer ist am 13. Jan. im Alter von 57 Jahren infolge eines Gehirnschlages gestorben.

Ehre Ihrem Andenken!

**Versammlungs-Kalender.**

- Aue (St. Georg).** Samstag, den 2. Febr., Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes, wozu vollständiges Erscheinen dringend erwartet wird.
- Bochelt.** Sonntag, 7. Januar, vorm. 11 Uhr, Generalversammlung mit Abrechnung und Vorstandes- und Vertrauensmännerwahl.
- Bredlau.** Sonnabend, den 26. Januar, bei Eduard Perle Generalversammlung mit Vortrag. Sonnabend, den 9. Februar, 8 Uhr, Generalversammlung. Pflicht eines jeden Kollegen ist es zu erscheinen.
- Bremershausen.** Alle 14 Tage freitags bei Rada, Reich 56.
- Coln-Deas.** Sonntag 23. Jan. abends 9 Uhr bei Sagers. Kreis 151.
- Quisburg 1.** Sonntag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Seitenstr. 19, außerordentliche Versammlung mit Jahresabschlussfeier. Auch die Frauen sind einladen.
- Fortmann.** Sonntag, den 3. Februar, nachm. 5 Uhr bei Zimmermann, Untereisenstraße. — Unterhändler werden ausbezahlt vom Kassierer Heintemann, Schenkensburgerstraße 641, abends von 7 bis 9 Uhr. Sonntags von 1 bis 2 Uhr.
- Pa. Wehdt.** Jeden ersten und dritten Freitag im Monat bei Grote (Klein) Seel's Gaststätte.
- Erlangen.** Sonntag, den 27. Januar, nachm. 3 Uhr im 2. Logen Generalversammlung mit Rechenschaftsbericht und Neuwahl des Vorstandes. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

- Offen-Holsterhausen.** Sonntag, den 3. Februar, morgens 11 Uhr bei Büschewitz.
- Offen-Steele.** Sonntag, den 3. Februar, morgens 11 Uhr, bei Sonntag.
- Pfütz.** Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr im Gefellenhof General-Versammlung mit Neuwahl der Gesamtvorstandschaft. Vollständiges Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen dringend notwendig.
- Fraunfurt a. M.** Sonntag, den 27. Jan., nachm. 3 Uhr im Lokal Goldene Gänge, Fraunfurt 52 Generalversammlung mit Rechenschaftsbericht, Neuwahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner, sowie Beschlussfassung über Einführung eines Lokaltages. Kein Mitglied darf in dieser wichtigen Versammlung fehlen.
- Geisweid.** Jeden 2. Sonntag, im Monat nachmittags 4 Uhr Versammlung im Gasthof Schäfer.
- Gelsenkirchen-Neustadt.** Sonntag, den 27. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Ostermann.
- Gelsenkirchen-Villufte.** Sonntag, den 27. Jan. nachm. 4 Uhr mit Vortrag bei Meiche.
- Gann.** Sonntag, den 3. Februar vorm. 11 1/2 Uhr bei Hölte, Nordstraße 3 Versammlung mit Vortrag über die Unterstützungsvereinigungen im Verbands Referent Kollege Weindrammer.
- Geidelberg.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Loibel, Hohenbacherstraße 47.
- Heilbrunn.** Jeden ersten Samstag im Monat abends 8 Uhr im Schöndaler Hof.
- Hoven.** Samstag 2. Februar nachmittags 4 1/2 Uhr beim Kollegen Hoff Generalversammlung. Die Kollegen müssen vollständig erscheinen.
- Kaiserlautern.** Samstag 2. Februar im Lokal „Zur neuen Blatz“ am Stützplatz Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. Mittweiliges Erscheinen ist Ehrenpflicht.
- Kalk.** Sonntag, den 27. Jan., vorm. 11 Uhr bei Schöndt, General-Versammlung mit Jahresbericht und Neuwahl des Vorstandes. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.
- Kattowitz.** Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, vormittags 11 Uhr, im Gesellschaftshaus, Grundmannstraße.
- Ludwigshafen a. Rh.** Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr bei Kleber, Mohrstraße 22 unsere Generalversammlung. Vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich und Mitgliedsbücher mitbringen.
- Lippstadt.** Sonntag, den 27. Januar, nachm. 1 Uhr Vortrag des Kollegen W. Inbrenner-Hamm. Vollständig Erscheinen und Anorganisierte mitbringen.
- Gladbach.** Sonntag, den 3. Februar, abends 6 Uhr, im Verkehrslokale bei Wülbecke, Generalversammlung mit Rechenschaftsbericht, Neuwahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner, sowie Beschlussfassung über die Einführung eines Lokaltages. Kollegen erscheinen Mann für Mann. Keiner darf fehlen.
- Weidenrich.** Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, General-Versammlung im Vereinslokal Hafertamp, Kaiserstraße. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
- Wanheim.** Samstag, den 2. Februar Generalversammlung bei Kollner, Schweiningerstr. 37. Kein Mitglied darf fehlen.
- Wühlhausen.** Sonntag, den 27. Jan., nachm. 3 Uhr bei Garster Generalversammlung. Die Kollegen werden vollständig erwartet.
- Wülheim a. Rhein.** Sonntag, den 27. Jan., vorm. 10 1/2 Uhr bei Hebbel Generalversammlung.
- Rechem.** Samstag 2. Februar abends 6 Uhr bei Sellwig Generalversammlung mit Jahresbericht und Vorstandswahl.
- Reuningen.** Sonntag 27. Jan. nachmittags 2 1/2 Uhr im Gasthaus am Birchen sehr wichtige Versammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Referat eines Kollegen über Arbeiterinnenfrage. Sämtliche Arbeiterinnen der Firma Fischer-Grünbach sind zu dieser Versammlung dringend und herzlich einladen.
- Richtath.** Montag, den 18. Januar, abends 8 Uhr bei Herberg Generalversammlung mit Abrechnung. Vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht.
- Sulzbach (Oberpfalz).** Sonntag, den 27. Jan. im Vereinslokal Jos. Schall Generalversammlung mit Neuwahl der Vorstandschaft. Alle Kollegen müssen zur Stelle sein.
- Spitzgart.** Samstag, den 2. Februar, abends punkt 8 Uhr Generalversammlung, wozu die Mitglieder vollständig zu Erscheinen haben.
- Siegen.** Sonntag, den 27. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr, bei Kreis Generalversammlung mit Rechenschaftsbericht und Neuwahl des Vorstandes. Vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich.
- Schwenningen (Württemberg).** Sonntag 7. Jan. nachmittags 3 Uhr Generalversammlung im Sälen. Alle erscheinen.
- Ortsgruppe Thal a. Harz.** 1. Vorsitzender Adolf Guggomski in Thal, Behrensdoerferstr. 7 h. Sonntag, den 27. Januar, 4 Uhr nachmittags, im Dr. Birich, Generalversammlung mit Tätigkeitsbericht und Neuwahl des Vorstandes. Vortrag alle Kollegen müssen erscheinen.
- Velbert.** Samstag, den 26. Jan., abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes in eines Lokals. Vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht.
- Wingst.** Sonntag, den 27. Januar außerordentliche Generalversammlung mit Jahresabschluss und Neuwahl des Vorstandes nach Vortrag unseres Bezirksleiters Kollege Schmitz aus Köln. Die Kollegen haben die Pflicht alle zu erscheinen.
- Witten.** Sonntag, den 7. Januar, vormittags 11 Uhr bei Fiedt. Die noch mit den Beiträgen im Rückstand befindlichen Mitglieder müssen die Beiträge bis dahin begleichen, damit die Abrechnung sofort fertiggestellt werden kann.

Welcher der Herren Kollegen kann mir angeben welche Fabrik als Spezialität Innere und äußere Maßkörper für Kaffeemühlen liefert. Auskunft erbeten an J. Blaz, Kaiserlautern Pariserstraße 166 — und zwar per Post — Maßnahme.

**Ein Feilenhauer** auf Mittelorten sowie ein Feilenhauer der auch gleichzeitig das Härten gründlich versteht auf dauernd gesucht Fr. Winterhoff, Köln-Endenthal.